

ZUSAMMEN- HALTUNG



Aus unserer Sicht

Zusammenhalt 3

Thema

ZUSAMMENHALTUNG



Neue VBE-Umfrage zur Gewalt an Schulen 4-5
 Der DBB NRW gegen Extremismus 6
 Virtueller Wertedialog mit Claudia Auerbach 7
 Rassismus nicht verschweigen,
 sondern Thematisieren 8-9
 Gibt es eine „Schule ohne Rassismus“? 10-11

Personalratswahl 2020

Gewählt. Gezählt.
 Ergebnisse der Personalratswahl 12-15

Bildungspolitik

Drei Fragen an die Schul- und Bildungs-
 politischen Sprecher/-innen 16-19
 Der Spagat zwischen Infektionsschutz und dem
 Grundrecht auf Bildungsteilhabe 20

Berufspolitik

Corona-Update 09/2020 21
 Smartwatches – Segen oder Fluch? 22
 Unisex-Toiletten in Schulen 23

Veranstaltungen

Präsenzseminare Herbst 2020 24

Junger VBE

Bewerbertraining 2020 digital 25

VBE-Newsletter

Nachrichten aus dem Bundesverband 26-27

Nachrichten

Gemeinsam gegen Antisemitismus 28-29

VBE-regional

KV Kleve, JVBE Aachen, StV Hamm 30

Impressum:

SCHULE HEUTE – Information und Meinung
 erscheint monatlich – mindestens zehnmal jährlich

Herausgeber:
 Verband Bildung und Erziehung
 Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V. (VBE NRW e.V.)
 Gesamtverband der Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher im DBB NRW,
 Westfalendamm 247, 44141 Dortmund,
 Telefon 0231 425757-0, Fax 0231 425757-10

Produktion:
 VBE Verlag NRW GmbH
 Westfalendamm 247, 44141 Dortmund,
 Tel.: 0231 420061, Fax: 0231 433864
 Internet: www.vbe-verlag.de

Anzeigen:
 DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstr. 15 A, 40878 Ratingen
 Tel.: 02102 74023-0, Fax: 02102 74023-99, E-Mail: mediacenter@dbbverlag.de
 Anzeigenleitung: Petra Opitz-Hannan, Tel.: 02102 74023-715
 Anzeigenverkauf: Christiane Polk, Tel.: 02102 74023-714
 Anzeigenverwaltung: Britta Urbanski, Tel.: 02102 74023-712
 Preisliste 15, gültig ab 1.10.2019

Redaktion:
 Melanie Kieslinger (Schriftleiterin)
 E-Mail: melanie.kieslinger@vbe-nrw.de
 Stefan Behlau
 Internet: www.vbe-nrw.de
 Alexander Spelsberg
 E-Mail: a.spelsberg@vbe-nrw.de

Druck:
 L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG Druckmedien,
 Marktweg 42–50, 47608 Geldern

Verlag:
 DBB Verlag GmbH, Friedrichstr. 165, 10117 Berlin,
 Tel.: 030 7261917-0, Fax: 030 7261917-40,
 Internet: www.dbbverlag.de, E-Mail: kontakt@dbbverlag.de

Satz und Layout: my-server.de - GmbH
 Wambeler Hellweg 152, 44143 Dortmund
 in Zusammenarbeit mit Kirsch Kürmann Design
 Wittekindstr. 11, 44139 Dortmund
 Titelfoto u. S. 2: JBryson / istockphoto.com

Anschriftenverwaltung:
 VBE-Landesgeschäftsstelle, Westfalendamm 247, 44141 Dortmund

Für Mitglieder ist der Bezugspreis dieser Zeitschrift im Mitgliedsbeitrag enthalten.
 Nichtmitglieder bestellen in Textform beim DBB Verlag.
 Inlandsbezugspreis: Jahresabonnement 30,00 Euro zzgl. 6,80 Euro Versandkosten, inkl. MwSt.;
 Mindestlaufzeit 1 Jahr. Einzelheft 3,00 Euro zzgl. 1,40 Euro Versandkosten, inkl. MwSt.
 Abonnementkündigungen müssen bis zum 1. Dezember in Textform beim DBB Verlag
 eingegangen sein, ansonsten verlängert sich der Bezug um ein weiteres Kalenderjahr.
 Bei Nichtlieferung infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch.
 Die Artikel werden nach bestem Wissen veröffentlicht und erheben
 keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Rechtsansprüche können aus der
 Information nicht hergeleitet werden.

Die Artikel sind urheberrechtlich geschützt. Ein Nachdruck, ganz oder
 teilweise, ist nur mit der Genehmigung der Redaktion, die wir gern
 erteilen, zu gezeichneten Beiträgen mit der des Verfassers bei
 Zusendung eines Belegexemplares gestattet.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernehmen wir keine Gewähr.
 Die Einsender erklären sich mit einer redaktionellen Prüfung und Bearbeitung der
 Vorlage einverstanden. Die Rücksendung erfolgt nur, wenn ausreichendes Rückporto
 beiliegt. Die Redaktion behält sich vor, redaktionelle Kürzungen der eingesandten Texte
 vor der Veröffentlichung vorzunehmen. Die Besprechung ohne Aufforderung
 zugesandter Bücher bleibt der Redaktion vorbehalten.

Die namentlich gekennzeichneten Artikel geben die Ansicht der Verfasser wieder und
 entsprechen nicht in jedem Fall der Redaktionsmeinung.

Redaktionsschluss jeder Ausgabe ist der 1. des Vormonats.

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier.

Beilage, wenn erschienen: Der öffentliche Dienst an Rhein und Ruhr.

ISSN-Nr.: 0342-751X
 Druckauflage: 24.100 (IVW 2/2020)



Zusammenhalt

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

„Ja, alle – aber auch wirklich alle – wissen, was an den Schulen gebraucht wird. Lüftungsanlagen, Filter, digitale Endgeräte, bessere Fenster, klügere Lehrer, kleinere Lerngruppen, zusätzliche Räume, ... Die Lehrkräfte, die Schülerinnen und Schüler und die Eltern werden auf alle Bäume getrieben und niemand holt sie runter und sagt, dass das alles so schnell gar nicht geht, gar nicht gehen kann. Und derweil zerreißen sich die Kolleginnen und Kollegen an den Schulen zwischen dem suggerierten Idealbild, dem Anspruch und der tatsächlichen Wirklichkeit. Niemals waren Herbstferien schon jetzt so nötig wie dieses Jahr. Die Kolleginnen und Kollegen sind am Limit und die Politik zerlegt sich zwischen immer neuen Forderungen und tollen Gipfelergebnissen. Gelernt wurde aus der Krise bis jetzt zu wenig, gerade im Hinblick auf die Kommunikation. Ja, es ist gut, dass endlich Maßnahmen auf den Weg gebracht werden, aber diese benötigen Zeit. Wie soll man Lehrkräfte backen, wenn man es jahrelang versäumt hat, vernünftige Einstellungsmöglichkeiten zu schaffen – gerade in ‚fetten‘ Jahren?!“

Mit diesen Worten habe ich sehr spontan in einem WhatsApp-Chat mit einer Kollegin auf die Ergebnisse des sogenannten „Schulgipfels“ am 21. September bei der Kanzlerin in Berlin reagiert. Es war nicht nur eine Reaktion auf den Gipfel, sondern auch eine Replik auf die Äußerungen, die anlässlich der Gipfelergebnisse von den nicht beteiligten Parteien und deren Sprecherinnen und Sprechern kamen. Es war auch eine Reaktion auf die mediale Berichterstattung über „Schule und Corona“ insgesamt, eine mediale Berichterstattung, die in der Regel ausschließlich auf die sogenannte Digitalisierung fixiert ist. Und ja, da sprach auch der ungeliebte Kollege „Frust“ aus mir.

Ein Frust darüber, dass die aktuelle Situation anscheinend eher genutzt wird, um einen politischen Schlagabtausch zu führen oder fette Schlagzeilen zu produzieren, statt gemeinsam und miteinander – und vor allem auch ehrlich – zu schauen, welche Versäumnisse der Vergangenheit schnellstmöglich aufzuholen sind.

Ich finde, die Diskussion um Luftfilter, CO₂-Ampeln, Lüftungsanlagen und gekippte Fenster lenkt von der eigentlichen Diskussion ab. Sie lenkt von der Diskussion ab, in der es darum gehen müsste, in welche Gebäude wir als Gesellschaft unsere Kinder und Jugendlichen täglich gehen lassen, um dort in einem optimalen Lernklima Schule erleben zu können. Die Diskussion um zusätzliche Räume, Co-Lehrkräfte aus den Reihen der Studierenden, feste und vor allem kleinere Lerngruppen – womöglich im Schichtbetrieb – lenkt davon ab, dass wir schlicht viel zu wenig Lehrkräfte und pädagogisches Personal haben, um diese zusätzlichen Räume zu füllen. Wo sollen denn bitte in Regionen, die nicht das Glück haben, neben einer Universitätsstadt zu liegen, die ganzen Studierenden herkommen? Und wer hat bei diesen Fragestellungen eigentlich auch mal an die Qualität gedacht?

Wir alle müssen uns ehrlich machen. Lehrkräfte fallen nicht vom Himmel. Computer sind nicht innerhalb kürzester Zeit vor Ort und einsetzbar, nur weil die finanziellen Mittel auf einmal bereitgestellt worden



sind. Lüftungsanlagen in maroden Schulen sind kurzfristige Pflaster, öffentlichkeitswirksame Maßnahmen, aber keine nachhaltigen Planungen, und auch diese Installationen werden noch längere Zeit benötigen, der Herbst ist aber fast vorbei und der Winter bereits vor der Tür.

Es wurde viel darüber gesprochen, wie Corona eventuell unser Leben verändern wird. Die aktuelle – sehr technisch geführte – Debatte um die Schul- und Bildungspolitik scheint zu zeigen, dass es kaum Veränderungen geben wird. Denn die gesamte Debatte wird darüber geführt, wie wir unser althergebrachtes Bildungssystem mit Corona ermöglichen. Sie wird nicht darüber geführt, welche Änderungen am System eventuell notwendig sind, um dieses zukunftsfähig aufzustellen. Aber vielleicht würde eine solche Diskussion unsere Gesellschaft auch überfordern. Und technische Lösungen sind in der Regel einfacher.

Fest steht, dass es keine **einfachen** Antworten auf komplexe Fragen gibt. Das wird leider häufig vergessen.

Wir brauchen in unserer Gesellschaft einen neuen Zusammenhalt, wir müssen so etwas wie eine „Zusammenhaltung“ entwickeln. Vielleicht schaffen wir es dann auch, gemeinsam die schwierigen und komplexen Diskussionen zu führen.

Eins darf aber währenddessen nicht vergessen werden: Der Schulbetrieb läuft derweil weiter. Die Kolleginnen und Kollegen haben ihre Hände nicht in den Schoß gelegt, sie arbeiten jeden Tag mit und für die Kinder und Jugendlichen unter mehr als außergewöhnlichen, anstrengenden und herausfordernden Umständen.

Deswegen lautet mein Appell an diejenigen, die in der Politik und in der Gesellschaft Verantwortung tragen, dass das Vertrauen in die tägliche Arbeit der Lehrkräfte und des pädagogischen Personals in den Schulen gestärkt werden muss. Es muss erklärt werden, dass bereitstehende Finanzmittel nicht unmittelbare Auswirkungen auf den schulischen Betrieb haben können, dass alles seine Zeit braucht und dass wir alle gemeinsam nur mit Ruhe, Gelassenheit und gegenseitiger Achtung durch diese schwierige Phase kommen können.

Die vorliegende „Schule heute“ beschäftigt sich mit dem Thema des Zusammenhalts der Gesellschaft und in der Gesellschaft auf vielfältige Art und Weise – ein Thema, das dringender denn je auch in der Schule vorzuleben und zu behandeln ist.

Nicht zuletzt möchte ich an dieser Stelle auch für den großen Zusammenhalt im VBE danken, denn durch diesen Zusammenhalt haben wir es gemeinsam geschafft, ein gutes Ergebnis bei den Personalratswahlen zu erreichen. Ein gutes Signal für unsere Arbeit auf allen Ebenen.

Ihr

Stefan Behlau,
Landesvorsitzender VBE NRW

Neue VBE-Umfrage zur Gewalt an Schulen

VBE: Gewalt ist kein Tabuthema mehr

Der VBE hat das Thema „Gewalt in der Schule“ aus der Tabuzone geholt und durch seine Umfragen in den vergangenen Jahren regelmäßig Debatten angestoßen. Noch am Tag der Veröffentlichung der vergangenen VBE-Umfrage am 2. Mai 2018 erklärte Schulministerin Gebauer, dass die Daten des VBE genau analysiert werden und geprüft werde, ob es zusätzlichen Unterstützungsbedarf gebe. Fast ein Jahr später, am 17. Mai 2019, stellte sie den „Aktionsplan gegen Gewalt und Diskriminierung an Schulen“ vor, der u. a. 54 Stellen zusätzlich für Beratungslehrkräfte oder sozialpädagogische Fachkräfte beinhaltet sowie 100 weitere Stellen für Schulpsychologinnen und Schulpsychologen.

Im Auftrag des VBE hat das Meinungsforschungsinstitut forsa vom 8. Januar bis 17. Februar 2020 erneut 1.302 Schulleiterinnen und Schulleiter, darunter 264 in Nordrhein-Westfalen, zum Thema „Gewalt gegen Lehrkräfte“ befragt. Die Daten sind repräsentativ:

Alle abgefragten Formen von psychischer und physischer Gewalt gegen Lehrkräfte sind im Vergleich zum Jahr 2018 in der Beobachtung der Schulleitungen an ihren Schulen angestiegen. Mit Blick auf die vergangenen 5 Jahre sagten uns dieses Jahr 41 Prozent der befragten Schulleitungen, dass es in ihren Einrichtungen zu körperlicher Gewalt gegen Lehrkräfte kam, vor zwei Jahren waren es 35 Prozent.

64 Prozent der befragten Schulleitungen sagten zudem, dass sie an ihrer Schule Fälle von psychischer Gewalt gegen Lehrkräfte beobachteten, ein deutlicher Anstieg von 9 Prozentpunkten zur letzten Befragung.

„Der Anstieg in den Beobachtungen ist besorgniserregend. Sicherlich sorgt auch die Enttabuisierung des Themas für eine Sensibilisierung, aber die Zahlen sollten dennoch ein deutliches Signal für eine Stärkung der Präventionsarbeit in den Schulen sein. Mit dem ‚Aktionsplan gegen Gewalt und Diskriminierung an Schulen‘ und der dauerhaften Finanzierung von 1.000 Stellen in der Schulsozialarbeit hat die Landesregierung einen richtigen Weg eingeschlagen. Nötig wären allerdings für jede Schule mindestens eine Landesstelle für Schulsozialarbeit sowie endlich ausreichend Lehrkräfte und damit die wichtigste Ressource der Prävention: Zeit. Der VBE hat hier einen Stein ins Rollen gebracht, aber es gibt noch viel zu tun“, erklärt Stefan Behlau, Landesvorsitzender des VBE NRW.

Cybergewalt deutlich gestiegen

Besonders auffällig ist der Anstieg der Fälle von Cybergewalt an Schulen. 33 Prozent der Schulleitungen erlebten an ihrer Schule, dass es in den vergangenen 5 Jahren zu Fällen kam, in denen Lehrkräfte über das Internet diffamiert, belästigt, bedrängt, bedroht oder genötigt wurden, 2018 beobachteten dies mit 17 Prozent deutlich weniger der befragten Schulleitungen.

„Besonders perfide am Cybermobbing ist: Es endet nicht nach Schulschluss, sondern verfolgt die Opfer 24 Stunden lang an allen Wochentagen. Und nicht immer bleibt es im digitalen Raum. Worte finden ihren Weg in die Realität, aus Worten werden manchmal Taten. Kommt es zu Gewalt, darf es keine Toleranz geben, egal in welcher Form sie ausgeübt wird“, sagt Stefan Behlau.

„Es ist davon auszugehen, dass mit der zunehmenden Digitalisierung leider auch die Fälle von Cybergewalt steigen. Die Anspruchshaltung gegenüber den Schulen steigt, gleichzeitig wird die Kommunikation unmittelbarer. Verletzende Worte finden schneller den Weg in die Tastatur und damit in die digitalen Kommunikationswege als dies von Angesicht zu Angesicht der Fall ist. Respektvolle Kommunikation und wertschätzender Umgang miteinander müssen gerade in Zeiten der Digitalisierung das Fundament sein, auf dem das schulische Lernen, auch auf Distanz, fußt.“

Umgang mit dem Thema „Gewalt gegen Lehrkräfte“

Noch vor zwei Jahren hatten 40 Prozent der Schulleitungen angegeben, dass sie Gewalt gegen Lehrkräfte als ein Tabuthema wahrnehmen, das meinen aktuell nur noch 29 Prozent.

„Der VBE konnte das Thema aus der Tabuzone holen und die notwendige sowie überfällige Debatte anstoßen. Probleme können erst angepackt werden, wenn sie erkannt werden. Das konnten wir für die Lehrkräfte und die Beschäftigten in den Schulen erreichen. Der Aktionsplan gegen Gewalt und Diskriminierung in Schulen ist auch eine Reaktion der Landesregierung auf diese Problematik. Jetzt muss es darum gehen, die Stellen auszubauen und präventive Arbeit zu stärken. Gegenseitiger Respekt und Wertschätzung sind Fundamente ge-

lingender schulischer Bildung. Angst, Hetze und Gewalt dürfen in Schule keinen Platz haben“, fordert der VBE-Landesvorsitzende.

Maßnahmen zur Unterstützung betroffener Lehrkräfte

Nur noch 59 Prozent der befragten Schulleitungen gehen davon aus, dass es ihnen in den allermeisten Fällen gelungen ist, ihre Kolleginnen und Kollegen in Fällen von Gewalt ausreichend zu unterstützen. Vor zwei Jahren waren es fast 90 Prozent.

„Dies kann mehrere Ursachen haben. Wichtig ist hier vor allem, die nötigen Konsequenzen zu ziehen. Wir fordern, notwendige Ressourcen für präventive Maßnahmen bereitzustellen. Es gilt, die Ursachen zu bekämpfen. Eine ausreichende Versorgung an Lehrkräften, flächendeckende Schulsozialarbeit, kleinere Klassengrößen und die nötigen Fortbildungen sind hierfür grundlegende Faktoren. Bestmögliche Bildung und Erziehung sind der beste Schutz gegen Gewalt“, erklärt Stefan Behlau, Landesvorsitzender des VBE NRW.

Die ganze Gesellschaft ist gefragt

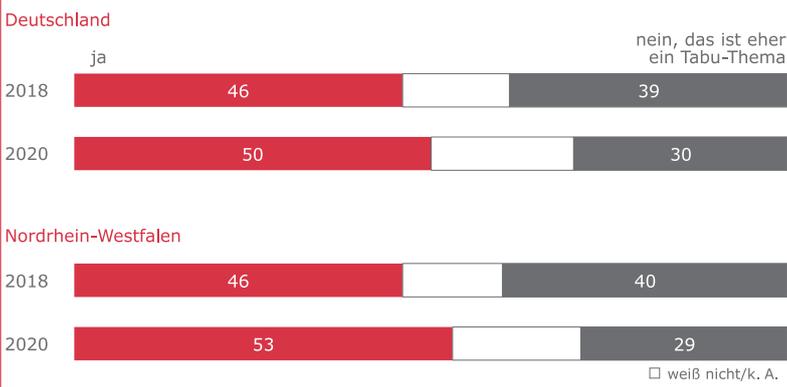
„In der Gesellschaft braucht es eine unmissverständliche Haltung gegen Gewalt. Hierbei spielen die Schulen als Lern- und Lebensraum der Kinder und Jugendlichen eine tragende Rolle. In den Schulen müssen gegenseitiger Respekt und Wertschätzung mehr als selbstverständlich sein. Wenn die Arbeit von Schule in der Kritik steht, müssen sich Kritiker ehrlich machen und die schwierigen Bedingungen der Beschäftigten in den Schulen benennen. Bildungsarbeit wertzuschätzen und bedarfsgerecht auszustatten, kann letztlich helfen, der Gewalt in Schule entgegenzuwirken“, so Behlau.



Mit der Kampagne „Für mehr Wertschätzung & Respekt. DBB NRW gegen Hass, Hetze & Gewalt“ setzt der Dachverband des VBE NRW, der DBB NRW, ein klares Zeichen und wirbt für mehr Respekt und Wertschätzung.

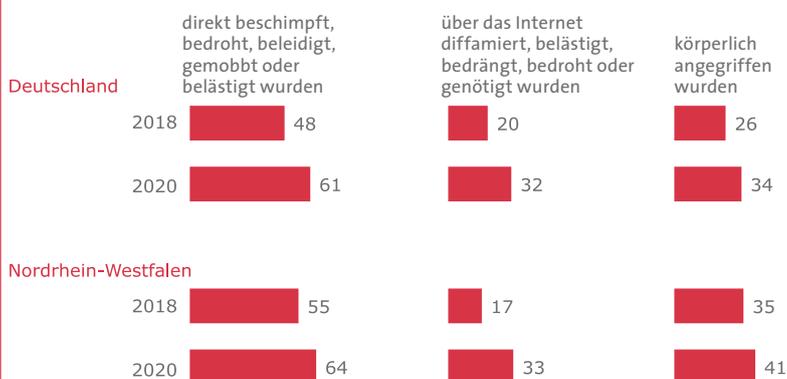
Meinungen zum Umgang mit dem Thema „Gewalt gegen Lehrkräfte“

Mit dem Thema „Gewalt gegen Lehrkräfte“ wird an Schulen in Deutschland weitgehend offen umgegangen



Fälle von Gewalt an der Schule

Es gab an der Schule in den letzten 5 Jahren Fälle, in denen Lehrkräfte



Maßnahmen zur Unterstützung betroffener Lehrkräfte*

Es ist in den allermeisten Fällen gelungen, ihre Kolleginnen und Kollegen in Fällen von Gewalt ausreichend zu unterstützen



*) Basis: Schulleitungen, an deren Schulen in den letzten 5 Jahren eine Form der Gewalt aufgetreten ist



Der DBB NRW gegen Extremismus

Kürzlich hat der Vorstand des DBB NRW Beamtenbund und Tarifrunion Nordrhein-Westfalen ein Positionspapier gegen Extremismus verabschiedet. Das Positionspapier ist ein Bestandteil der Kampagne „Für mehr Wertschätzung & Respekt. DBB NRW gegen Hass, Hetze & Gewalt“ (www.dbb-nrw.de).

Mit dem Positionspapier möchte der DBB NRW sich klar gegen extremistisches Gedankengut und rechte Gesinnung positionieren. Gleichzeitig fordert er Politik und Landesregierung auf, Rahmenbedingungen zu schaffen, in denen extremistisches Gedankengut und erst recht solche Strukturen frühzeitig erkannt und entsprechend gegengewirkt werden kann:

Rund 32.000 Menschen schätzt der Verfassungsschutz in Deutschland als rechtsextrem ein. Das macht etwa 0,046 Prozent der erwachsenen Bevölkerung in Deutschland aus. Das klingt auf den ersten Blick nach einer kleinen Zahl, doch in Anbetracht der Ernsthaftigkeit der Thematik und der deutschen Geschichte ist jede/r einzelne Rechtsextreme eine/r zu viel.



Die jüngsten Vorfälle bei der Polizei, die kürzlich vom Ministerium des Innern bekannt gemacht wurden, machen jedoch deutlich, dass eine rechte Gesinnung vor keiner Berufsgruppe haltmacht. Denn es muss klar sein, dass die Polizei, wie auch jede andere Berufsgruppe im öffentlichen Dienst, einen Querschnitt der Gesellschaft darstellt. Gerade Beamtinnen und Beamte haben eine besondere Verantwortung, da sie Vertreterinnen und Vertreter des Staates sind und bei Dienstantritt einen Eid auf die Verfassung leisten.

Aus diesem Grund ist es wichtig, extremistisches Gedankengut und erst recht solche Strukturen möglichst frühzeitig zu erkennen und entsprechend gegenzusteuern.

Der Vorstand des DBB NRW Beamtenbund und Tarifrunion Nord-



rhein-Westfalen distanziert sich klar von extremistischem Gedankengut sowie von jeder rechten Gesinnung. Er hat aus diesem Grund beschlossen, sich bei Politik und Regierung für eine Rahmenvereinbarung starkzumachen. Diese soll möglichst schnell in Zusammenarbeit von Ministerien und Politik, unter Mitwirkung der Gewerkschaften erarbeitet werden.

Wichtige Inhalte sollen sein:

- Erstellung eines Lageberichts zur Erfassung der Situation im gesamten öffentlichen Dienst
- Erarbeitung eines Rahmenkonzepts zur Extremismusprävention und -bekämpfung
- Einsetzung von Extremismusbeauftragten in jedem Ressort und in jeder Gebietskörperschaft sowie Schaffung der Möglichkeit der Anzeigenaufnahme von Verdachtsfällen in einem geschützten Umfeld
- Erarbeitung von Controlling-Maßnahmen

„Rassismus ist ein Problem, das uns alle angeht“

Virtueller Wertedialog mit Claudia Auerbach

In ganz Deutschland geben der VBE, seine 16 Landesverbände und die gemeinnützige Stiftung GermanDream Schulen die Möglichkeit, die Werte des Grundgesetzes im direkten Dialog und durch das biografische Beispiel von Wertebotschafterinnen und -botschaftern erlebbar zu machen.

Die Wertebotschafter/-innen führen Wertedialoge vor Ort an Schulen, in Vereinen, Jugendzentren und anderen kulturellen und religiösen Treffpunkten oder mittlerweile auch im virtuellen Raum durch. Hier berichtet Wertebotschafterin Claudia Auerbach von ihrem virtuellen Wertedialog mit dem Werner-von-Siemens Gymnasium in Berlin.

„Wir können nicht mehr wegschauen – Rassismus ist ein Problem, das uns alle angeht!“

Lange Zeit dachte Wertebotschafterin Claudia Auerbach, dass ihr als Kind eines weißen Vaters kein Rassismus widerfahren könne. Heute, Jahre später, reflektiert sie ihre Erfahrungen des Aufwachsens in einem niedersächsischen Dorf als Kind eines deutschen Vaters und einer nigerianischen Mutter. Im Gespräch mit dem Leistungskurs Philosophie des Werner-von-Siemens Gymnasiums in Berlin diskutierte sie über Black Lives Matter, Alltagsrassismus und die bittere Erkenntnis, dass sie viele Menschen in der weißen Mehrheitskultur immer noch als „schwarz oder anders“ empfinden. Claudia fordert, dass man alle Menschen unabhängig von ihrer Herkunft nicht nur toleriert, sondern auch akzeptiert.

„Hört denen zu, die schon einmal Rassismus erfahren haben!“

Claudia fühlt sich müde. Obwohl sie erfolgreich studiert und mitten im Leben steht, muss sie sich in ihrem Alltag immer noch mit Vorurteilen und Anfeindungen auseinandersetzen. Besonders stört sie dabei die Gleichgültigkeit vieler Menschen. „Ohne Selbstreflexion funktioniert keine Akzeptanz.“ Gespannt lauschen die Schüler/-innen der Wertebotschafterin und erzählen selbst offen über eigene Situationen und Erlebnisse. Unter anderem berichten die Teilnehmer/-innen über Freunde/-innen, die nach ihrer Herkunft gefragt wurden, weil sie „wegen ihrer Hautfarbe nicht aus Deutschland kommen“ könnten. Geduldig erklärt Claudia den Unterschied zwischen den verschiedenen Begrifflichkeiten und Selbstbezeichnungen wie zum Beispiel Black Person of Color und ergänzt: „Wir müssen auch den Mut haben, mal nachzufragen“. Es sei wichtig, Betroffenen in schwierigen Situa-



tionen zu helfen und auf ihre Probleme einzugehen. Erst kürzlich äußerte Bundespräsident Steinmeier dazu, dass man mehr tun müsse, als „kein Rassist zu sein“.

„Mal kurz auf eine Demo reicht nicht!“

Insbesondere die Ereignisse um den Tod von George Floyd und die Möglichkeit, ob etwas Ähnliches in Deutschland passieren könne, beschäftigt die Klasse sehr. Wenn Claudia die Bilder von dem rassistisch motivierten Mord an dem Afroamerikaner sieht, fühle sie sich jedes Mal, als „würde ein Stück von ihr weggenommen werden, weil er in den Augen der Täter weniger wert war“.

„Jammern bringt nichts, wir müssen mit allen reden.“

Auch wenn die Ereignisse vielen der Schüler/-innen weit weg erschienen, hätte ihnen die Brutalität und die mediale Aufmerksamkeit vor Augen geführt, dass man nicht einfach wegschauen könne und „gewisse Kommentare nicht unkommentiert“ lassen dürfe. Zunächst war sich die Wertebotschafterin sicher, dass die Diskussion nur kurz anhalten würde. Demonstrationen mit Tausenden Teilnehmern/-innen geben jedoch Hoffnung, dass eine tiefgreifende und nachhaltige Auseinandersetzung um den bestehenden Alltagsrassismus entstehen kann. „Denn wer wegschaut, macht sich schuldig.“

Erschienen am 24. Juni 2020 auf www.germandream.de

Dem VBE und GermanDream ist es ein Anliegen, dass Kinder und Jugendliche erfahren, dass in einer pluralistischen Gesellschaft wie der deutschen für alle verbindliche Rechte und Werte gelten. Ziel dabei ist es erlebbar zu machen, wie diese Rechte und Werte als gemeinsames Fundament allen in Deutschland lebenden Kindern und Jugendlichen die Chance bieten, sich als Individuum frei entwickeln zu können. Weitere Informationen zu GermanDream und zur bundesweiten Kooperation finden Sie unter www.germandream.de.

Sie sind interessiert an einem Wertedialog an Ihrer Schule oder möchten Wertebotschafter/-in werden?

Ihr Kontakt in der VBE-Geschäftsstelle NRW:

Theresa Nolte

Mail: germandream@vbe-nrw.de

Telefon: 0231 425757-59

Rassismus

nicht verschweigen, sondern thematisieren

*Interview mit Prof. Dr. Karim Fereidooni,
Juniorprofessor für Didaktik der sozialwissenschaftlichen
Bildung an der Ruhr-Universität Bochum*



© privat

Schule heute: Herr Fereidooni, wie groß ist eigentlich das Rassismusproblem an deutschen Schulen?

Karim Fereidooni: Genaue Prozentzahlen kann ich Ihnen hierzu nicht nennen, da bisher keine repräsentative Studie existiert. Meine Haltung als Rassismusforscher dazu ist, dass überall da, wo Menschen zusammenkommen, ungleiche Strukturen eine Rolle spielen und somit kein Raum frei von Rassismus ist. Es gibt keine Schulen ohne Rassismus, dies muss man grundsätzlich so sagen. Durch qualitative Studien wissen wir, Rassismus spielt eine Rolle in den Schulen und deswegen sollten wir uns damit beschäftigen.

Sh: Im Rahmen Ihrer Forschung haben Sie eine Studie von Lehrkräften über Rassismus in Klassen- sowie Lehrerzimmern veröffentlicht. Was sind die prägnantesten Ergebnisse Ihrer bisherigen Forschung?

Fereidooni: Viele Lehrerinnen und Lehrer haben in Interviews, die ich Rahmen meiner Forschung durchgeführt habe, von ihren Rassismuserfahrungen im Berufskontext berichtet, aber zuvor im Fragebogen haben dieselben Menschen angegeben, dass sie bisher noch keine Rassismuserfahrungen gemacht haben. Diesen Umstand habe ich zum Anlass genommen, um mich mit der folgenden Frage auseinanderzusetzen: „Was hält diese Menschen davon ab, ihre Erfahrungen, die rassismusrelevant waren, als Rassismus zu bezeichnen? Ich konnte unterschiedliche Dethematisierungsstrategien, wie z. B. Verharmlosung, Unsicherheit, Verleugnung usw., herausarbeiten, die dafür verantwortlich sind, dass einige Lehrkräfte ihre Rassismuserfahrungen nicht verbalisieren können. Die Ursache hierfür liegt meiner Ansicht nach u. a. darin begründet, dass das Thema Rassismus weitestgehend tabuisiert wird in der deutschen Gesellschaft und keine Person von sich selber glaubt, sie sei rassistisch, da Rassismus ja etwas sei, was es lediglich in einer Zeit gab, die weit zurückliegt. Vielen Lehrkräften fällt es deswegen schwer überhaupt zu erkennen, was Rassismus ist.“

Sh: Wie soll man sich dem Problem an der Schule dann entgegenstellen, wenn man Rassismus überhaupt nicht bemerkt oder eine Äußerung/Handlung als nicht rassismusrelevant einstuft?

Fereidooni: Zunächst einmal ist es wichtig, sich als Lehrkraft umfassend mit dem Thema Rassismuskritik auseinanderzusetzen. Rassismus sollte als ganz normale Professionskompetenz von angehenden und ausgebildeten Lehrkräften gedacht werden. Um das zu gewährleisten, sollte Rassismuskritik schon in die erste Phase der Lehrer/-innenausbildung implementiert werden. So machen wir es auch hier in der Fakultät für Sozialwissenschaft in Bochum. Wir lesen entsprechende Texte mit den Lehramtsstudierenden, beispielsweise zum Thema racial profiling, und bereiten unsere Studierenden dann darauf vor, Unterrichtsmaterialien und Konzepte zu entwickeln, die diese Thematik aufgreifen. Außerdem kooperieren wir mit dem Schüler/-innen-Labor der Ruhr-Universität Bochum, d. h. es kommen ganze Klassen mit ihren Lehrerinnen und Lehrern zu uns, die dann einen ganzen Tag z. B. zum Thema racial profiling beschult werden.

Sh: Was schlagen Sie zur Prävention von Rassismus an Schulen vor? Wie können Lehrkräfte Diskriminierungen konkret entgegenwirken, wie kann man sich zur Wehr setzen?

Fereidooni: Lehrkräfte sollten sich drei Fragen stellen. Erstens: Was hat Rassismus mit meinem eigenen Leben zu tun? Zweitens: Inwiefern befördern meine Unterrichtsmaterialien rassismusrelevante Wissensbestände. Drittens: Was passiert eigentlich in meinem Klassenraum und in meiner Schule rassismusrelevantes? Man muss sich vergegenwärtigen, dass sich kein Mensch frei machen kann von rassismusrelevanten Wissensbeständen. Diskriminierungen sollten nicht ignoriert oder verschwiegen werden, sondern es ist wichtig, seine Erfahrungen zu thematisieren. Andernfalls könnte es die Situation nur verschlimmern. Als Lehrkraft kann man sich an vertraute

Kollegen und Vorgesetzte wenden. Das sind die primären Ansprechpartner. Natürlich kann man sich auch rechtliche Beratung einholen und sich an Antidiskriminierungsstellen wenden.

Sh: *Wie könnte Rassismuskritik in den Schulalltag eingebunden werden?*

Fereidooni: Mit handfesten rassismuskritischen Unterrichtsmaterialien – die gibt es mittlerweile. Es gibt z. B. einen Leitfaden zur rassismuskritischen Unterrichtsgestaltung, diesen findet man im Internet zum Download, es gibt Bücher, die sich damit beschäftigen, es gibt Fachdidaktiker, die sich damit beschäftigen. Ich selber habe zusammen mit Nina Simon ein Buch herausgegeben, an dem wir vier Jahre gearbeitet haben. Das Buch erscheint im November diesen Jahres und es verdeutlicht in einem ersten Teil, was ist eigentlich das spezifisch rassismuskritische in einem Unterrichtsfach, beispielsweise in Musik, Erdkunde oder Sport. In einem zweiten Teil finden sich dann ganz konkrete Empfehlungen mit einzelnen Handlungsschritten, die Lehrkräfte anwenden können, um dagegen vorzugehen. Wer sich mit Rassismuskritik beschäftigen möchte, kann das heutzutage ohne Schwierigkeiten tun, und ich würde demjenigen Mut zusprechen, das anzugehen.

Sh: *Die in den Schulen eingesetzten Materialien spielen also eine wesentliche Rolle?*

Fereidooni: In den aktuellen Schulbüchern kann man einen Wandel beobachten, es wird deutlich, dass Deutschland eine Migrationsgesellschaft ist. Trotzdem wird in den Schulen Rassismus oft mit der Zeit des Nationalsozialismus in Verbindung gebracht, aber nicht mit der Gegenwart. Dahinter steht der Glaube, dass der Rassismus seit 1945 in der Bundesrepublik überwunden ist. Es geht darum, sich selbst zu sensibilisieren und zu hinterfragen, dazu kann man auch weiterhin das vorhandene Schulmaterial heranziehen. Zum Beispiel im Geographie-Unterricht: Wie wird Afrika dargestellt? Zeigen die Schulbücher Großstädte oder dörfliche Strukturen? Im Geschichtsunterricht kann man fragen, ob es im Schulbuch auch ein Kapitel zu den Errungenschaften

Afrikas gibt? Oder fängt die afrikanische Geschichte erst mit dem Zeitalter der Kolonialisierung an? Insgesamt ist es mir wichtig zu sagen: Man sollte nicht in eine Abwehrhaltung verfallen und so tun, als gäbe es in Deutschland keinen Rassismus. Es sollte anerkannt werden, dass Rassismus ein Strukturierungsmerkmal unserer Gesellschaft ist, genauso wie Sexismus.

Weiterführende Informationen:

- a) Autor*innen Kollektiv Rassismuskritischer Leitfaden (2015): Rassismuskritischer Leitfaden zur Reflexion bestehender und Erstellung neuer didaktischer Lehr- und Lernmaterialien für die schulische und außerschulische Bildungsarbeit zu Schwarzsein, Afrika und afrikanischer Diaspora. Abrufbar unter: https://www.elina-marmer.com/wp-content/uploads/2015/03/IMAFREDU-Rassismuskritischer-Leitfaden_Web_barrierefrei-NEU.pdf
- b) Dissertation von Prof. Dr. Karim Fereidooni zu Rassismuserfahrungen von Referendar*innen und Lehrer*innen mit sog Migrationshintergrund kann auf der folgenden Seite kostenlos heruntergeladen werden: <http://archiv.ub.uni-heidelberg.de/volltextserver/20203/>

Karim Fereidooni (36) hat sechs Jahre als Lehrer für Deutsch, Politik/Wirtschaft und Sozialwissenschaften am St. Ursula Gymnasium Dorsten unterrichtet. Seit 2016 ist er an der Ruhr-Universität Bochum Juniorprofessor für die Didaktik der sozialwissenschaftlichen Bildung. Seine Forschungsschwerpunkte sind Rassismuskritik in pädagogischen Institutionen, Schulforschung und Politische Bildung in der Migrationsgesellschaft sowie diversitätssensible LehrerInnenbildung. Darüber hinaus berät Prof. Dr. Karim Fereidooni die Bundesregierung in dem Kabinettsausschuss der Bundesregierung zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus sowie im Unabhängigen Expert*innenkreis Muslimfeindlichkeit des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat.

Anzeige

Beamtendarlehen 10.000 € - 120.000 €

- Vorteilszins für den öffent. Dienst
- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Baufinanzierungen echt günstig

0800 - 1000 500 Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns.
Seit über 40 Jahren.

NEUER exklusiver Beamtenkredit

2,50% echter Vorteilszins

effektiver Jahreszins

SUPERCHANCE Teurere Kredite, Beamtendarlehen/Versicherungsdarlehen & Girokredite sofort entspannt umschulden. Reichsparen mit unserem neuen Exklusivzins, warum mehr zahlen. Unser neuer und bester Zins aller Zeiten, noch nie waren die Zinskosten so gering!

Deutschlands günstiger Spezial-Beamtenkredit ohne Versicherungen

- Unser bester Zins aller Zeiten -

Repr. Beispiel gemäß §6a PAngV (2/3 erhalten): 50.000 €, Lfz. 120 Monate, 2,50% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,47% p.a., mtl. Rate 470,70 €, Gesamtbetrag 56.484,- € Vorteil: Kleinzins, kleine Rate, Annahme: gute Bonität.

Sensationell günstig

AK FINANZ

Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Tel.: 0621 178180-0
info@ak-finanz.de
www.AK-Finanz.de

Gibt es eine „Schule ohne Rassismus“?

von Sanem Kleff



Die Ermordung des Afroamerikaners George Floyd durch Polizeibeamte in Minneapolis hat Menschen nicht nur in den USA, sondern weltweit aufgeschreckt. Millionen demonstrieren nun gegen Rassismus, fordern eine intensive Auseinandersetzung mit dem Kolonialismus, strukturelle Veränderungen in Behörden und die Ächtung diskriminierender Praktiken. Auch in Deutschland.

Die Bilder des brutalen Mordes sind nur schwer auszuhalten. Besonders für Menschen, die selbst von Rassismus betroffen sind. Sie berühren, bringen das Thema Rassismus in die Medien und lenken die Aufmerksamkeit auf unzählige Diskriminierungserfahrungen aus dem Alltag in Deutschland.

Aktuell berichten Schüler/-innen auf Twitter über ihre rassistischen Diskriminierungserfahrungen an Schulen. Die bedrückenden Beispiele kommen auch aus Schulen, die unserem Netzwerk angehören. Unter dem Hashtag **#schule-ohne-rassismuschulemitcourage** ist eine Plattform entstanden, um öffentlich über Rassismuserfahrungen an Schulen zu berichten.

Alltagsrassismus kommt in vielen Lebensbereichen vor. Aber gerade an Schulen hat er fatale Konsequenzen für die jungen Betroffenen. Im Schulalltag erleben wir nicht nur rassistische Haltungen Einzelner, sondern auch die Auswirkungen von strukturellem und institutionellem Rassismus, der trotz aller Fortschritte auch in Deutschland noch nicht überwunden ist.

Der Begriff „Rassismus“ durchlief in den 25 Jahren, die Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage nun besteht, eine enorme Wandlung. Noch in den 1990er-Jahren wurde der Begriff von Ministerien aus Textvorlagen gestrichen, später durch „Fremdenfeindlichkeit“ ersetzt. Bildungskonzepte durften sich allenfalls interkulturell nennen, keinesfalls antirassistisch. Das Jahr 2000 stellte einen Wendepunkt im Selbstbild von Deutschland dar. Mit der Novellierung des Staatsbürgerschaftsrechts wurde dem Abstammungsprinzip das Geburtsprinzip hinzugefügt. Nun war auch Deutsche/-er, wer hier geboren wurde und sich dafür entschied. Erstmals wurden Bundesprogramme zur Förderung von zivilgesellschaftlichen Initiativen gegen Rechtsextremismus aufgelegt. Eine der ersten Antragstel-

Der VBE NRW ist an Ihrer Seite.

VBE-Serviceangebote unter www.vbe-nrw.de

Um Ihnen auch online bestmöglich zu helfen, bieten wir Ihnen aktuelle Informationen und Serviceleistungen zur Corona-Pandemie auf unserer Homepage. Hier finden Sie hilfreiche Links zu offiziellen Informationsangeboten über Corona sowie eine Auswahl kostenfreier Unterstützungsangebote für Pädagoginnen und Pädagogen, unsere Corona-FAQ-Liste sowie aktuelle Pressemitteilungen und Statements.

Außerdem bietet der VBE interessante Fortbildungsmöglichkeiten online an. Klicken Sie auf www.vbe-nrw.de durch unser Online-Seminar-Angebot. Besuchen Sie uns auch auf unseren Social-Media-Kanälen:



www.facebook.com/vbe.nrw/



twitter.com/VBE_NRW



www.instagram.com/vbe_nrw/

Ihr VBE NRW

lerinnen war Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage. Als unser Antrag bewilligt wurde, freute ich mich nicht nur darüber, endlich ein Büro, Mitarbeiter/-innen und Seminare finanzieren zu können: Erstmals war der Begriff „Rassismus“ nicht gestrichen worden!

Immer wieder wird dem Titel Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage vorgeworfen, er erwecke den falschen Anschein, es gebe keinen Rassismus an Netzwerkschulen. Dabei zeigen nicht nur die auf Twitter geschilderten Diskriminierungserfahrungen: Auch in den Netzwerkschulen gibt es Rassismus und andere Formen von Menschenfeindlichkeit wie Antisemitismus, Romafeindlichkeit oder Homophobie.

Problematisiert wird das Wort „ohne“ in der ersten Zeile des Titels „Schule ohne Rassismus“. Diese kann, aus dem Kontext gerissen, gelesen werden als „An dieser Schule gibt es keinen Rassismus“. Als sei der Titel eine Auszeichnung, gleichbedeutend mit einem Gütesiegel oder TÜV-Stempel „Rassismusfrei“.

Diese Annahme verwundert, da es doch mehr als realitätsfremd wäre, anzunehmen, es könne eine Schule frei von Diskriminierungen geben. Mit oder ohne Schild an der Fassade. Diese Diskussion begleitet uns seit Beginn unserer Projektarbeit. An vielen der 3.400 Netzwerkschulen wurde sie leidenschaftlich und mit unterschiedlichen Ergebnissen geführt.

Es gibt gewichtige Argumente dafür, dass genau diese Formulierung, die eine ideale Vision und keinen Istzustand beschreibt, zum Erarbeiten einer rassismuskritischen Schulkultur legitim und hilfreich ist: Schulen, die sich dem Netzwerk anschließen, wollen sich gegen Rassismus engagieren und sollten es anstreben, eine Schule ohne Rassismus zu werden – auch wenn dieses Ziel in weiter Zukunft liegt. Und auch wenn die Schritte dahin vom gesamtgesellschaftlichen Selbstverständnis bestimmt werden. Auf dem Weg dahin braucht es einen Leitsatz.

Der kritische Blick, die kontroverse Diskussion der Schüler/-innen und Lehrer/-innen miteinander, ihr gemeinsames Engagement werden den Anstoß zu Veränderungen an den diskriminierenden Verhältnissen geben und möglich machen. Der Titel kann dabei helfen und als Katalysator einer Diskussion innerhalb der Schulgemeinschaft dienen. Unsere 110 Landes- und Regionalkoordinatoren begleiten, beraten und unterstützen die Schüler/-innen und Pädagogen/-innen bei ihrem Engagement.

Auch wenn manche den Titel als Gütesiegel missverstehen oder als Feigenblatt missbrauchen wollen, spricht vieles dafür, ihn beizubehalten und das dort formulierte Bild einer rassismusfreien Schulkultur, in der die Gleichwertigkeit aller Menschen geachtet wird, anzustreben – die Messlatte sollten wir nicht niedriger hängen.

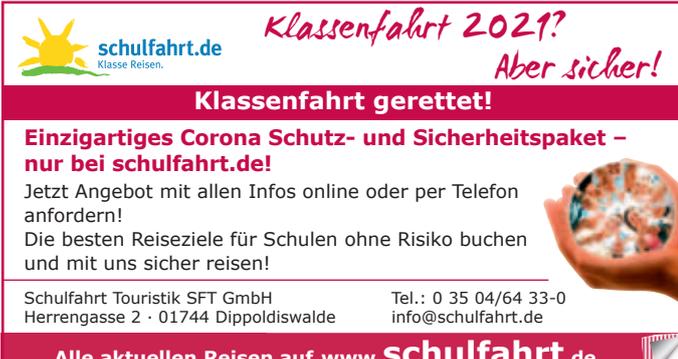
Sanem Kleff ist Direktorin der Bundeskoordination von Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage.

Nachdruck: Dieser Artikel ist erschienen auf www.schule-ohne-rassismus.org.



Das Courage-Netzwerk vernetzt und unterstützt Schulen im Einsatz für die Menschenwürde. An rund 3.500 Schulen ohne Rassismus – Schulen mit Courage sind Schüler/-innen aktiv gegen Diskriminierung. In diesem Jahr hat das Netzwerk 25-jähriges Jubiläum.
www.schule-ohne-rassismus.org

Anzeige



**Klassenfahrt 2021?
Aber sicher!**

Klassenfahrt gerettet!

Einzigartiges Corona Schutz- und Sicherheitspaket – nur bei schulfahrt.de!

Jetzt Angebot mit allen Infos online oder per Telefon anfordern!
Die besten Reiseziele für Schulen ohne Risiko buchen und mit uns sicher reisen!

Schulfahrt Touristik SFT GmbH
Herrengasse 2 · 01744 Dippoldiswalde

Tel.: 0 35 04/64 33-0
info@schulfahrt.de

Alle aktuellen Reisen auf www.schulfahrt.de

Personalratswahl 2020

Gewählt. Gezählt. Danke für Ihr Vertrauen.



Eine Personalratswahl in einer mehr als außergewöhnlichen Zeit liegt hinter den Schulen in NRW. Die coronabedingte Verschiebung des ersten Wahltermins hat nicht nur die Wahlvorstände vor einige organisatorische Herausforderungen gestellt. Aber jetzt ist es geschafft, es wurde gewählt und gezählt und die Ergebnisse liegen auf dem Tisch.

Und es sind Ergebnisse, die sich aus der Sicht des VBE NRW wirklich sehen lassen können. In allen Schulformen konnten wir Stimmen dazugewinnen. Zwar hat es im HPR Gymnasium noch nicht für einen Sitz gereicht, aber die Anzahl der Sitze in den anderen Hauptpersonalräten konnte jeweils erhöht werden. Im Hauptpersonalrat der Schulform Grundschule, der zahlenmäßig die meisten Kolleginnen und Kollegen vertritt, konnte die bisherige Mehrheit sogar auf 9 Sitze ausgebaut werden.

Auch in nahezu allen Bezirkspersonalräten und in den Personalräten an den Schulämtern gab es zum Teil erhebliche Zuwächse zugunsten des VBE, einige Mehrheiten konnten hier neu gewonnen werden.

Die Personalratswahl hat deutlich gezeigt, dass der VBE NRW ein Verband ist, der die gesamte Schullandschaft im Blick hat und eine starke Vertretung für alle Lehrkräfte und das pädagogische Personal anbietet.

Dieses starke Ergebnis bei den Personalratswahlen insgesamt ist ein Signal für die gute Arbeit in den Personalräten und für die starke Unterstützung der Schulen durch unsere stets aktuellen Informationen auf allen Kanälen und unsere spürbare und ehrliche Arbeit vor Ort und im gesamten Land. Es ist aber natürlich auch ein Ansporn und eine Verpflichtung, weiterhin für alle Kolleginnen und Kollegen in allen

Schulformen als VBE NRW deutlich wirksam zu sein, eine verlässliche Stütze zu bieten und den Stimmen aus der Praxis auf allen Ebenen das notwendige Gehör zu verschaffen.

Ein Dank gilt allen Kandidatinnen und Kandidaten des VBE, allen fleißigen und helfenden Händen und Köpfen vor Ort, ohne die der VBE NRW nicht wirken könnte.

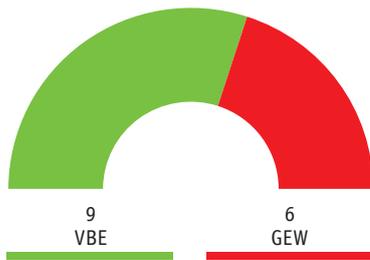


Ein Dank gebührt natürlich nicht zuletzt allen Wählerinnen und Wählern für ihr Vertrauen. Sie haben die Wahl für den VBE NRW getroffen und das war richtig und wichtig.

Alle Ergebnisse zur Personalratswahl finden Sie unter www.personalratswahl.de.

Ergebnisse der Wahl zum Hauptpersonalrat

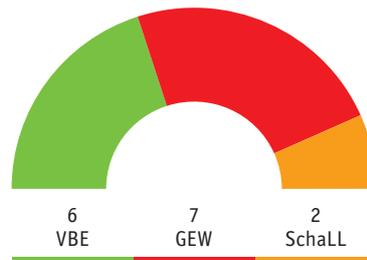
Grundschule



Wahlberechtigte 52.287
 Abgegebene Stimmen 27.150
 Gültige Stimmen 26.353
 Wahlbeteiligung 51,92%
 Zu vergebende Sitze 15

	Sitze	Stimmen	Prozent
VBE	9	16.055	60,92%
GEW	6	10.298	39,08%

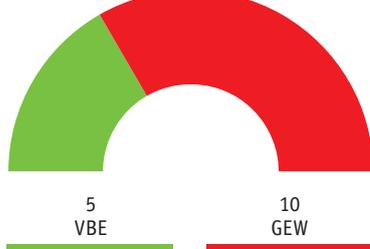
Hauptschule



Wahlberechtigte 6.339
 Abgegebene Stimmen 3.000
 Gültige Stimmen 2.840
 Wahlbeteiligung 47,33%
 Zu vergebende Sitze 15

	Sitze	Stimmen	Prozent
VBE	6	1.097	38,63%
GEW	7	1.280	45,07%
SchaLL	2	463	16,30%

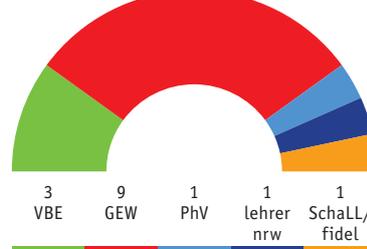
Förderschule



Wahlberechtigte 16.638
 Abgegebene Stimmen 7.469
 Gültige Stimmen 7.153
 Wahlbeteiligung 44,89%
 Zu vergebende Sitze 15

	Sitze	Stimmen	Prozent
VBE	5	2.672	37,35%
GEW	10	4.481	62,65%

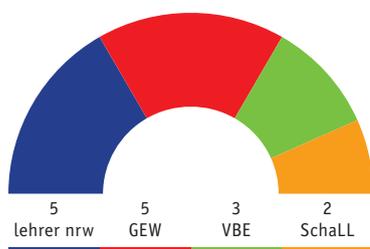
Gesamtschule



Wahlberechtigte 37.538
 Abgegebene Stimmen 12.717
 Gültige Stimmen 12.457
 Wahlbeteiligung 33,88%
 Zu vergebende Sitze 15

	Sitze	Stimmen	Prozent
VBE	3	2.335	18,74%
GEW	9	6.805	54,63%
PhV	1	1.172	9,41%
lehrer nrw	1	734	5,89%
SchaLL/fidel	1	1.411	11,33%

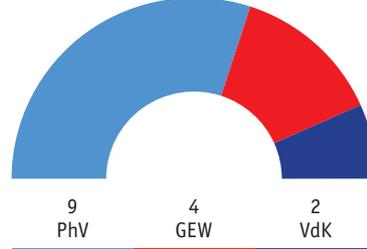
Realschule



Wahlberechtigte 14.180
 Abgegebene Stimmen 5.655
 Gültige Stimmen 5.387
 Wahlbeteiligung 39,88%
 Zu vergebende Sitze 15

	Sitze	Stimmen	Prozent
lehrer nrw	5	1.781	33,06%
GEW	5	1.761	32,69%
VBE	3	957	17,76%
SchaLL	2	658	12,21%
VdK	0	230	4,27%

Gymnasium

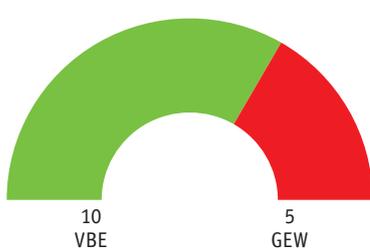


Wahlberechtigte 39.423
 Abgegebene Stimmen 17.866
 Gültige Stimmen 17.820
 Wahlbeteiligung 45,32%
 Zu vergebende Sitze 15

	Sitze	Stimmen	Prozent
PhV	9	9.716	54,52%
GEW	4	4.695	26,35%
VdK	2	2.030	11,39%
SchaLL	0	974	5,47%
VBE	0	405	2,27%

Ergebnisse der Wahl zum Bezirkspersonalrat Arnsberg

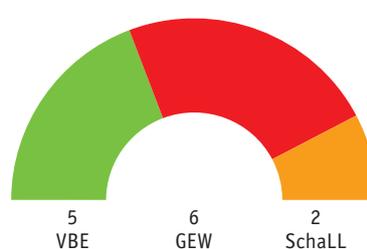
Grundschule



Wahlberechtigte 10.138
 Abgegebene Stimmen 5.503
 Gültige Stimmen 5.245
 Wahlbeteiligung 54,28%
 Zu vergebende Sitze 15

	Sitze	Stimmen	Prozent
VBE	10	3.562	67,91%
GEW	5	1.683	32,09%

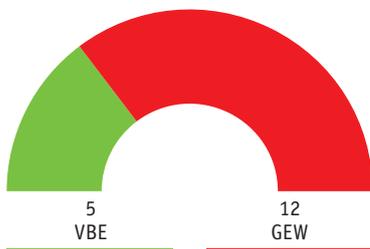
Hauptschule



Wahlberechtigte 1.557
 Abgegebene Stimmen 823
 Gültige Stimmen 727
 Wahlbeteiligung 52,86%
 Zu vergebende Sitze 13

	Sitze	Stimmen	Prozent
VBE	5	297	40,85%
GEW	6	317	43,60%
SchaLL	2	113	15,54%

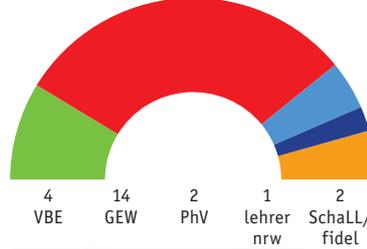
Förderschule



Wahlberechtigte 3.381
 Abgegebene Stimmen 1.645
 Gültige Stimmen 1.640
 Wahlbeteiligung 48,65%
 Zu vergebende Sitze 17

	Sitze	Stimmen	Prozent
VBE	5	542	33,05%
GEW	12	1.098	66,95%

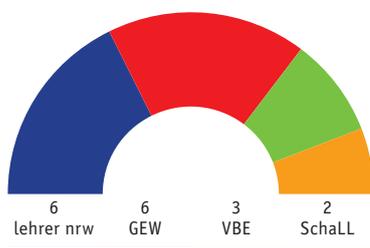
Gesamtschule



Wahlberechtigte 7.312
 Abgegebene Stimmen 2.367
 Gültige Stimmen 2.218
 Wahlbeteiligung 32,37%
 Zu vergebende Sitze 23

	Sitze	Stimmen	Prozent
VBE	4	416	18,76%
GEW	14	1.216	54,82%
PhV	2	226	10,19%
lehrer nrw	1	124	5,59%
SchaLL/fidel	2	236	10,64%

Realschule

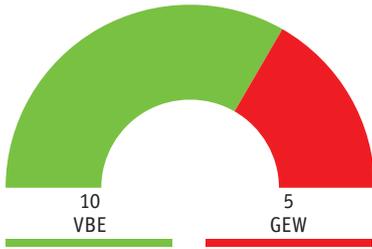


Wahlberechtigte 2.969
 Abgegebene Stimmen 1.110
 Gültige Stimmen 1.085
 Wahlbeteiligung 37,39%
 Zu vergebende Sitze 17

	Sitze	Stimmen	Prozent
lehrer nrw	6	407	37,51%
GEW	6	360	33,18%
VBE	3	199	18,34%
SchaLL	2	119	10,97%

Ergebnisse der Wahl zum Bezirkspersonalrat Detmold

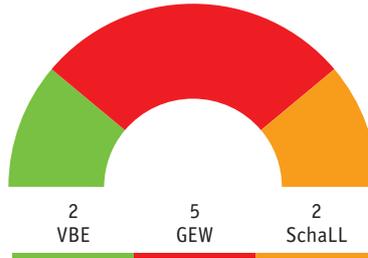
Grundschule



Wahlberechtigte 6.367
 Abgegebene Stimmen 4.112
 Gültige Stimmen 3.962
 Wahlbeteiligung 64,58%
 Zu vergebende Sitze 15

	Sitze	Stimmen	Prozent
VBE	10	2.477	62,52%
GEW	5	1.485	37,48%

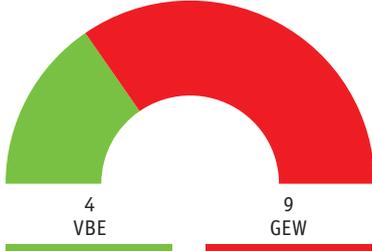
Hauptschule



Wahlberechtigte 347
 Abgegebene Stimmen 199
 Gültige Stimmen 198
 Wahlbeteiligung 57,35%
 Zu vergebende Sitze 9

	Sitze	Stimmen	Prozent
VBE	2	39	19,70%
GEW	5	102	51,52%
SchaLL	2	57	28,79%

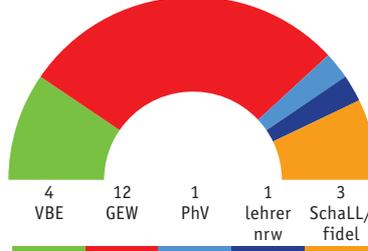
Förderschule



Wahlberechtigte 1.665
 Abgegebene Stimmen 930
 Gültige Stimmen 905
 Wahlbeteiligung 55,86%
 Zu vergebende Sitze 13

	Sitze	Stimmen	Prozent
VBE	4	285	31,49%
GEW	9	620	68,51%

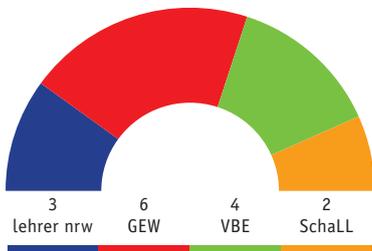
Gesamtschule



Wahlberechtigte 5.460
 Abgegebene Stimmen 1.830
 Gültige Stimmen 1.766
 Wahlbeteiligung 33,52%
 Zu vergebende Sitze 21

	Sitze	Stimmen	Prozent
VBE	4	390	22,08%
GEW	12	942	53,34%
PhV	1	104	5,89%
lehrer nrw	1	81	4,59%
SchaLL/fidel	3	249	14,10%

Realschule

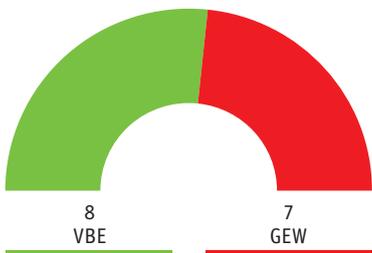


Wahlberechtigte 2.022
 Abgegebene Stimmen 1.015
 Gültige Stimmen 979
 Wahlbeteiligung 50,20%
 Zu vergebende Sitze 15

	Sitze	Stimmen	Prozent
lehrer nrw	3	227	23,19%
GEW	6	352	35,96%
VBE	4	251	25,64%
SchaLL	2	149	15,22%

Ergebnisse der Wahl zum Bezirkspersonalrat Düsseldorf

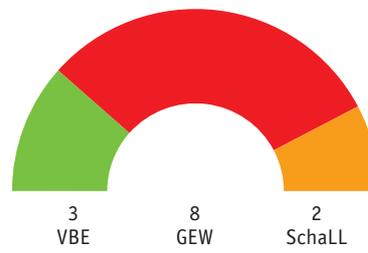
Grundschule



Wahlberechtigte 14.743
 Abgegebene Stimmen 7.080
 Gültige Stimmen 6.786
 Wahlbeteiligung 48,02%
 Zu vergebende Sitze 15

	Sitze	Stimmen	Prozent
VBE	8	3.486	51,37%
GEW	7	3.300	48,63%

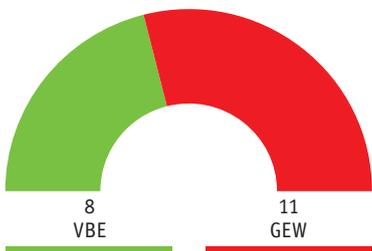
Hauptschule



Wahlberechtigte 1.383
 Abgegebene Stimmen 734
 Gültige Stimmen 729
 Wahlbeteiligung 53,07%
 Zu vergebende Sitze 13

	Sitze	Stimmen	Prozent
VBE	3	166	22,77%
GEW	8	438	60,08%
SchaLL	2	125	17,15%

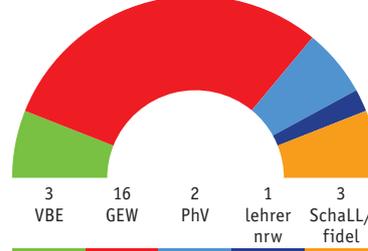
Förderschule



Wahlberechtigte 4.942
 Abgegebene Stimmen 2.062
 Gültige Stimmen 1.949
 Wahlbeteiligung 41,72%
 Zu vergebende Sitze 19

	Sitze	Stimmen	Prozent
VBE	8	797	40,89%
GEW	11	1.152	59,11%

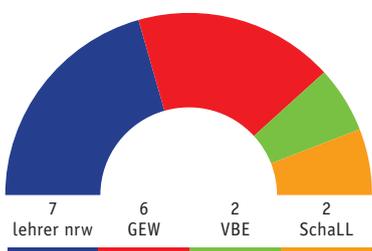
Gesamtschule



Wahlberechtigte 10.716
 Abgegebene Stimmen 3.477
 Gültige Stimmen 3.284
 Wahlbeteiligung 32,45%
 Zu vergebende Sitze 25

	Sitze	Stimmen	Prozent
VBE	3	434	13,22%
GEW	16	1.888	57,49%
PhV	2	341	10,38%
lehrer nrw	1	211	6,43%
SchaLL/fidel	3	410	12,48%

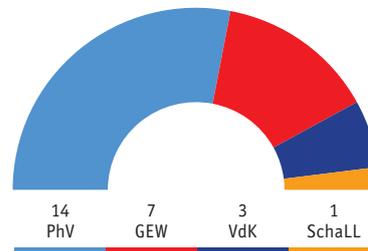
Realschule



Wahlberechtigte 3.762
 Abgegebene Stimmen 1.590
 Gültige Stimmen 1.502
 Wahlbeteiligung 42,26%
 Zu vergebende Sitze 17

	Sitze	Stimmen	Prozent
lehrer nrw	7	577	38,42%
GEW	6	515	34,29%
VBE	2	226	15,05%
SchaLL	2	184	12,25%

Gymnasium

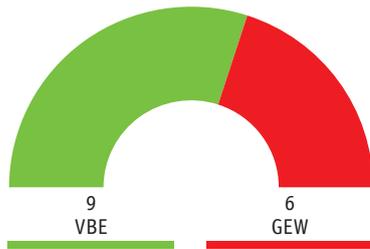


Wahlberechtigte 11.329
 Abgegebene Stimmen 4.567
 Gültige Stimmen 4.548
 Wahlbeteiligung 40,31%
 Zu vergebende Sitze 25

	Sitze	Stimmen	Prozent
PhV	14	2.414	53,08%
GEW	7	1.248	27,44%
VdK	3	505	11,10%
SchaLL	1	251	5,52%
VBE	0	130	2,86%

Ergebnisse der Wahl zum Bezirkspersonalrat Köln

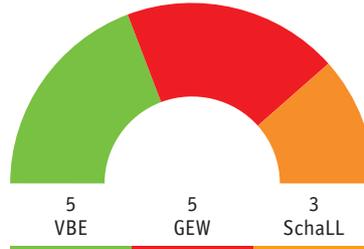
Grundschule



Wahlberechtigte 13.325
 Abgegebene Stimmen 6.393
 Gültige Stimmen 6.147
 Wahlbeteiligung 47,98%
 Zu vergebende Sitze 15

	Sitze	Stimmen	Prozent
VBE	9	3.645	59,30%
GEW	6	2.502	40,70%

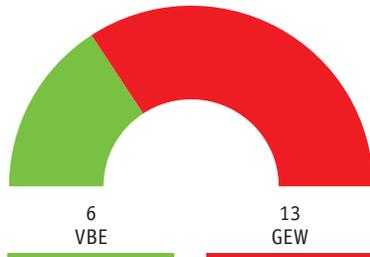
Hauptschule



Wahlberechtigte 1.749
 Abgegebene Stimmen 630
 Gültige Stimmen 581
 Wahlbeteiligung 36,02%
 Zu vergebende Sitze 13

	Sitze	Stimmen	Prozent
VBE	5	223	38,38%
GEW	5	233	40,10%
SchaLL	3	125	21,51%

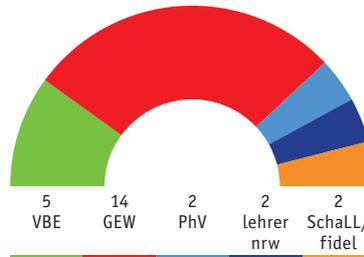
Förderschule



Wahlberechtigte 4.576
 Abgegebene Stimmen 1.867
 Gültige Stimmen 1.786
 Wahlbeteiligung 40,80%
 Zu vergebende Sitze 19

	Sitze	Stimmen	Prozent
VBE	6	612	34,27%
GEW	13	1174	65,73%

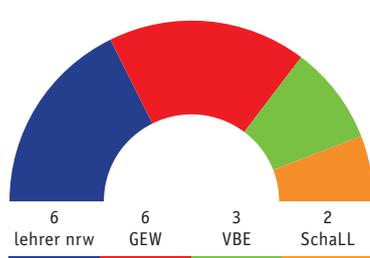
Gesamtschule



Wahlberechtigte 8.254
 Abgegebene Stimmen 2.897
 Gültige Stimmen 2.886
 Wahlbeteiligung 35,10%
 Zu vergebende Sitze 25

	Sitze	Stimmen	Prozent
VBE	5	544	18,85%
GEW	14	1.524	52,81%
PhV	2	266	9,22%
lehrer nrw	2	265	9,18%
SchaLL/fidel	2	287	9,94%

Realschule

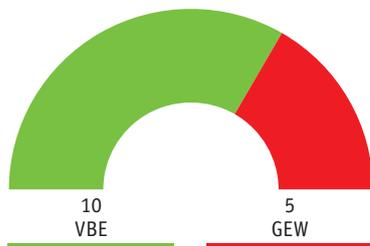


Wahlberechtigte 3.227
 Abgegebene Stimmen 1.060
 Gültige Stimmen 995
 Wahlbeteiligung 32,85%
 Zu vergebende Sitze 17

	Sitze	Stimmen	Prozent
lehrer nrw	6	368	36,98%
GEW	6	347	34,87%
VBE	3	164	16,48%
SchaLL	2	116	11,66%

Ergebnisse der Wahl zum Bezirkspersonalrat Münster

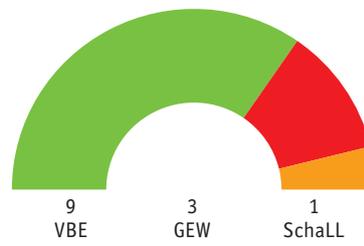
Grundschule



Wahlberechtigte 7.623
 Abgegebene Stimmen 4.424
 Gültige Stimmen 4.307
 Wahlbeteiligung 58,03%
 Zu vergebende Sitze 15

	Sitze	Stimmen	Prozent
VBE	10	2.735	63,50%
GEW	5	1.572	36,50%

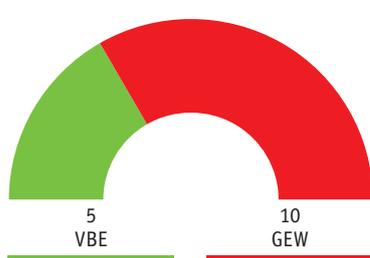
Hauptschule



Wahlberechtigte 1.303
 Abgegebene Stimmen 622
 Gültige Stimmen 619
 Wahlbeteiligung 47,74%
 Zu vergebende Sitze 13

	Sitze	Stimmen	Prozent
VBE	9	385	62,20%
GEW	3	158	25,53%
SchaLL1	1	76	12,28%

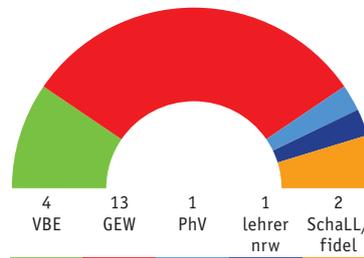
Förderschule



Wahlberechtigte 2.074
 Abgegebene Stimmen 983
 Gültige Stimmen 908
 Wahlbeteiligung 47,40%
 Zu vergebende Sitze 15

	Sitze	Stimmen	Prozent
VBE	5	323	35,57%
GEW	10	585	64,43%

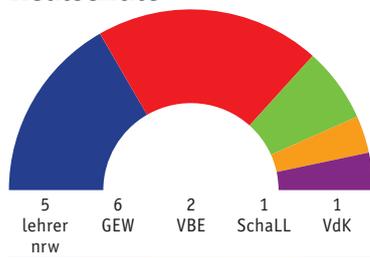
Gesamtschule



Wahlberechtigte 5.796
 Abgegebene Stimmen 2.317
 Gültige Stimmen 2.308
 Wahlbeteiligung 39,98%
 Zu vergebende Sitze 21

	Sitze	Stimmen	Prozent
VBE	4	436	18,89%
GEW	13	1.300	56,33%
PhV	1	168	7,28%
lehrer nrw	1	144	6,24%
SchaLL/fidel	2	260	11,27%

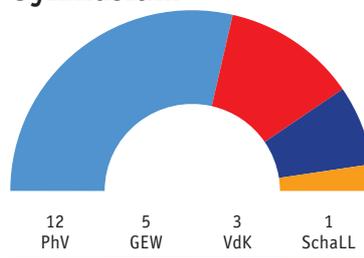
Realschule



Wahlberechtigte 2.200
 Abgegebene Stimmen 881
 Gültige Stimmen 837
 Wahlbeteiligung 40,05%
 Zu vergebende Sitze 15

	Sitze	Stimmen	Prozent
lehrer nrw	5	257	30,70%
GEW	6	294	35,13%
VBE	2	133	15,89%
SchaLL	1	77	9,20%
VdK	1	76	9,08%

Gymnasium



Wahlberechtigte 5.756
 Abgegebene Stimmen 2.885
 Gültige Stimmen 2.863
 Wahlbeteiligung 50,12%
 Zu vergebende Sitze 21

	Sitze	Stimmen	Prozent
PhV	12	1.551	54,17%
GEW	5	697	24,35%
VdK	3	396	13,83%
SchaLL	1	133	4,65%
VBE	0	86	3,00%

Das Coronavirus hat unser Leben verändert. Besonders davon betroffen sind nach wie vor die Bildungseinrichtungen. Kinder, Schülerinnen und Schüler, Pädagoginnen und Pädagogen sowie die Eltern mussten von heute auf morgen ihren Alltag sowie die Lehr- und Lernprozesse neu gestalten bzw. organisieren. Bekannte Schwachstellen liegen offener denn je – Corona ist wie eine Lupe.

Vor diesem Hintergrund hat Schule heute den Schul- und Bildungspolitischen Sprechern/-innen der Landtagsfraktionen der CDU, FDP, SPD und Grünen einige Fragen zur aktuellen Situation gestellt:

Drei Fragen

*an Frank Rock,
Schul- und Bildungspolitischer Sprecher
der CDU-Landtagsfraktion NRW:*



Wie bewerten Sie den Start des Schuljahres 2020/21?

Zur Wahrheit gehört, dass eine zeitnahe Kommunikation bedingt durch Corona schwierig ist. Doch abgestimmt auf die Entwicklungen hat die Landesregierung geeignete Maßnahmen getroffen, um einen erfolgreichen Schulstart und somit auch wieder Unterricht in Präsenz zu ermöglichen. Als vor allem durch Reiserückkehrer steigende Infektionszahlen denkbar waren, haben wir eine befristete Maskenpflicht im Unterricht eingeführt. Angepasst an die aktuellen Entwicklungen konnte die Frist zum 1. September 2020 auslaufen. Eine aktuelle Umfrage des Ministeriums an nordrhein-westfälischen Schulen ergab, dass 97 % der Schulen Präsenzunterricht ermöglichen können sowie 99 % der Schülerinnen und Schüler der befragten Schulen trotz der Pandemie am Unterricht teilnehmen können.

Welche Aufgabe hat aus Ihrer Sicht jetzt Priorität? Wie bewerten Sie den „angepassten Regelbetrieb“?

Die Corona-Pandemie hat uns gerade auch im Schulbereich vor besondere Herausforderungen gestellt. Mit Bedacht hat die Landesregierung hier verantwortungsvolle Entscheidungen getroffen und einen angepassten Schulbetrieb möglich gemacht. Für uns hat vor allem Priorität, Unterricht in Präsenz so oft wie möglich stattfinden zu lassen. Darüber hinaus ist es wichtig, für das Lernen auf Distanz eine rechtssichere Grundlage zu schaffen und digitale Lernangebote weiter auszubauen.

Welche Lehren ziehen Sie aus der Corona-Krise?

In allen Lebensbereichen hat uns Corona vor neue Herausforderungen gestellt und Defizite aufgezeigt, die wir als Chance zur Weiterentwicklung begreifen sollten. Wir haben ein gutes Schulsystem, das aber Modernisierungsbedarf hat. Digitales Lernen und Lehren muss weiter vorangebracht werden und als Ergänzung zum Präsenzunterricht zur Verfügung stehen. Hier haben wir uns bereits mit den ersten Sofortausstattungsprogrammen auf den Weg gemacht.

Drei Fragen

an Franziska Müller-Rech,
Schul- und Bildungspolitische Sprecherin
der FDP-Landtagsfraktion NRW:



© Björn Luef

Wie bewerten Sie den Start des Schuljahres 2020/21?

Den Start des Schuljahres 2020/21 bewerte ich als durchaus positiv. Die Gelegenheit möchte ich an dieser Stelle nutzen, um allen Schulleiterinnen und Schulleitern sowie allen Lehrerinnen und Lehrern für ihren tagtäglichen Einsatz zu danken. Denn sie haben auch maßgeblich dazu beigetragen, dass der Schulstart gelungen ist. Durch die sehr gute Vorbereitung vor Ort konnten alle Schulen in Nordrhein-Westfalen gut und vor allem sicher in das neue Schuljahr starten.

Die letzten Monate waren und sind für alle Akteure im Bereich Schule eine große Herausforderung. Die Coronapandemie ist die größte Krise unseres Landes seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Wir alle – Politik und alle Akteure im Bildungsbereich – müssen weiterhin eng zusammenarbeiten. Denn nur gemeinsam schaffen wir es, die Herausforderungen während des Ausnahmezustands zu meistern.

Welche Aufgabe hat aus Ihrer Sicht jetzt Priorität? Wie bewerten Sie den „angepassten Regelbetrieb“?

Wir Freie Demokraten wollen diese Gerechtigkeitslücken schließen, das muss unsere oberste Priorität sein.

Die Priorität liegt für mich auf der Chancengerechtigkeit. Die Pandemie hat bestehende Ungerechtigkeiten durch unterschiedliche Voraussetzungen in den Elternhäusern noch verschärft.

Ein sehr wichtiger Schritt dafür ist die Verbesserung der digitalen Ausstattung. Wir stellen Leihgeräte für Schülerinnen und Schüler bereit, die sich kein Endgerät leisten können. Als erstes Bundesland überhaupt statten wir alle Lehrerinnen und Lehrer mit Dienstgeräten aus. Das war auch ohne Pandemie richtig und wichtig! Wir müssen aber gleichzeitig dringend dafür sorgen, dass der Schulbetrieb auch im Quarantäne- oder Schließungsfall digital weitergeführt werden kann und wir keine Schülerin und keinen Schüler „abhängen“.

Den „angepassten Regelbetrieb“ bewerte ich als sehr gut. Die Schulleitungen und Lehrkräfte passen sich hochdynamisch auf die geänderten Lagen an, um ihren Schülerinnen und Schülern auch in dieser Ausnahmesituation den bestmöglichen Unterricht zu ermöglichen.

Welche Lehren ziehen Sie aus der Corona-Krise?

Bezogen auf die Bildungspolitik hat uns die Pandemie eindrücklich gezeigt, wie viel wir zwar schon geschafft haben, wie viel Arbeit für gerechte Bildungschancen und die Digitalisierung unserer Schulen aber auch noch vor uns liegt. In diesen beiden Zielen fühlen wir Freie Demokraten uns bestätigt. Ich bin sehr froh, dass wir im Landtag die notwendigen Mittel für diese und viele weitere Verbesserungsschritte auf den Weg bringen konnten. In diese Richtung muss es weitergehen, zum Beispiel auch bei unterstützendem Personal in Schulen, der Einführung eines schulscharfen Sozialindex, verbesserten Fortbildungsangeboten für unsere Lehrkräfte und auch einen Digitalpakt 2.0, für den sich die Freien Demokraten im Deutschen Bundestag einsetzen.

Drei Fragen

an Jochen Ott,
Schul- und Bildungspolitischer Sprecher
der SPD-Landtagsfraktion NRW:



Wie bewerten Sie den Start des Schuljahres 2020/21?

Wir ärgern uns sehr über das Hin und Her der Landesregierung, das sich bis zum Schuljahresbeginn im August fortsetzte. Fest steht, ein klares sowie umfassendes Konzept zum Schulbetrieb fehlt immer noch. Dies schließt eine Aufführung von verschiedenen Szenarien analog zur Entwicklung der Pandemie mit ein.

Mit der rigorosen Maskenpflicht hat das Ministerium sich dann nochmals Zeit erkaufte, um seine Versäumnisse seit Beginn der Corona-Krise aufzuarbeiten. Leider wurde diese Spanne zwischen Ferienende und letzter Augustwoche wieder nicht genutzt. Statt einer Maskenpflicht setzt man nun darauf, dass sich Lehrkräfte und Schüler/-innen solidarisch zeigen und im Unterricht freiwillig Masken tragen.

Zahlreiche Zuschriften bestätigen uns, dass sich Schulleitungen, Lehrer/-innen, Eltern und Schüler/-innen mehr Orientierung und eine bessere Kommunikation seitens des Ministeriums wünschen.

Welche Aufgabe hat aus Ihrer Sicht jetzt Priorität? Wie bewerten Sie den „angepassten Regelbetrieb“?

Die Schulen haben trotz Kommunikationswirrwarr den Schulstart gut gemeistert. Trotzdem besteht dringender Handlungsbedarf: Ein flexibles Vorgehen ist notwendig, mit klaren Vorgaben für Präsenz- und Distanzunterricht sowie einer Kombination aus beidem. Dabei müssen die unterschiedlichen Voraussetzungen vor Ort berücksichtigt und Schu-

len mit besonderen Herausforderungen verstärkt Angebote gemacht werden. Wir beobachten die aktuellen Entwicklungen mit Sorge, da es nun wieder einmal diejenigen trifft, die bereits schon so oft alleingelassen wurden. Einfach weitermachen, als wäre nichts geschehen, ist verantwortungslos. Zudem ist es falsch, von einem „Regelbetrieb“ zu sprechen, wenn mancherorts Fächer wie Musik, Sport, Kunst oder Englisch nicht stattfinden. Bildung sollte keine Glücksache sein und allen ermöglicht werden.

Welche Lehren ziehen Sie aus der Corona-Krise?

COVID-19 zeigt uns den fragilen Zustand des Bildungssystems in aller Deutlichkeit. Es ist am Rande seiner Belastbarkeit. Die Realitäten zwischen politischen Vorgaben und den Möglichkeiten vor Ort klaffen weit auseinander, so z. B. beim Schulbau, dem Ausbau digitaler Infrastrukturen und deren Wartung oder beim Ganztags und der Umsetzung der Inklusion. Verantwortlichkeiten werden nach unten weitergegeben; Investitionen aufgrund der Aufgabenverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen oft gar nicht oder nur verzögert getätigt. Die Liste der Missstände lang. Dies kritisierte auch der Schulausschuss des Städtetags im September. Im Sinne der Bildungschancen unserer Kinder braucht es daher dringend einen Schulgipfel. Parlament, kommunale Spitzenverbände, Lehrer/-innenverbände, Schüler/-innenvertretungen und Elternverbände müssen sich auf konkrete gemeinsame Ziele einigen und Verantwortung übernehmen.

Drei Fragen

an *Sigrid Beer*,
Schul- und Bildungspolitische Sprecherin
der Grünen-Landtagsfraktion NRW:



Wie bewerten Sie den Start des Schuljahres 2020/21?

Das Schuljahr hat leider begonnen, wie das letzte endete. Wertvolle Zeit wurde verschenkt, die Förderrichtlinien für die Ausstattung von Schülern/-innen und Lehrkräften kam mitten in den Sommerferien. Auch die Informationspolitik des MSB hat sich nicht verbessert. Vorabankündigungen in der Presse, konkrete Info für die Schulen erst auf den letzten Drücker. Es bleibt auch beim Prinzip, die Verantwortung nach „unten“ weiterzugeben. An die Schulleitungen, die Schulträger, die Gesundheitsämter. Das gilt nicht nur für das Thema der „Masken“, sondern auch für den Umgang mit Verdachtsfällen.

Auch das Thema Lüften ist nicht vernünftig angegangen worden. Die Schulministerin verkündet, dass nur ein minimaler Bruchteil von Klassen von Lüftungsprobleme betroffen sei. Wahrhaftig eine Luftnummer. Herbst und Winter und die Erkältungszeit kommen so sicher wie Weihnachten, nur schneller. Das Infektionsrisiko für Corona steigt ohne wirksame Gegenstrategie. Die bleibt das MSB weiter schuldig.

Welche Aufgabe hat aus Ihrer Sicht jetzt Priorität? Wie bewerten Sie den „angepassten Regelbetrieb“?

Die Rede vom Regelbetrieb ist Selbstsuggestion der Verantwortlichen im Schulministerium. Der Schultag, vor allem im Ganztage ist mitgeprägt vom Einhalten der Hygienekonzepte, das kostet Zeit und bindet viele Kräfte. Unterrichtszeit ist nicht noch einmal knapper als sonst.

Lehrermangel schlägt verstärkt durch. Die Rückstände aus dem Corona-Lockdown können nicht systematisch aufgeholt werden. Es wird an vielen Schulen ein unruhiges Schuljahr sein – das zeigt sich an den schon jetzt

zu verzeichnenden zahlreichen (Teil-)Schulschließungen. Die Schulen brauchen mehr Flexibilität im Curriculum und in Lernformaten sowie Möglichkeiten, kleinere Lerngruppen einzurichten. Bislang hat sich die Ministerin verweigert, sich substantiell um erweiterte räumliche und personelle Ressourcen zu kümmern: seien es Vereins- oder Gemeinderäume, das systematische Einbeziehen von Hochschulen und Lehramtsstudierenden als Lernunterstützer/-innen sowie zivilgesellschaftliche Initiativen wie z. B. Teach First.

Welche Lehren ziehen Sie aus der Corona-Krise?

Der Lockdown hat Bildungsungerechtigkeiten verschärft. Gerade Schüler/-innen aus einkommensschwachen Familien hatten oft nicht die Bedingungen zu Hause, um in Ruhe mit Unterstützung und ausreichender Ausstattung zu lernen. Schüler/-innen im gemeinsamen Lernen und an Förderschulen schienen völlig aus dem Blickfeld des Ministeriums gefallen zu sein. Corona hat notgedrungen der Digitalisierung einen Schub gegeben und gezeigt, wie unterschiedlich Schulen vorbereitet sind. Wir brauchen jetzt Endgeräte und ausreichendes WLAN, aber auch eine Fortbildungsoffensive mit einem eigenen Zeitbudget! Formate, die neben Input auch Coaching-, Erprobungs-, Feedback- und Reflexionselemente umfassen – und datenschutzrechtlich verlässliche Instrumente. Auch beim LOGINEO-Messenger und hoffentlich dem überfälligen Videotool. Corona hat auch gezeigt, dass nicht alles digital geht. Persönliche Begegnungen bleiben essenziell für Bildungsprozesse. Deshalb brauchen wir kleinere stabile Lerngruppen.

Der Spagat zwischen Infektionsschutz und dem Grundrecht auf Bildungsteilhabe



**Interview mit Dr. Jan Fallack,
Referent Städte- und Gemeindebund**

Schule heute: Welche zusätzlichen Aufgaben im Schulbereich kamen aus der Perspektive der Schulträger durch die Corona-Krise hinzu?

Jan Fallack: Die Pandemie hat die kommunalen Schulträger in einem bislang ungekannten Ausmaß vor neue Herausforderungen gestellt. Während der „Lockdown“ im März noch mit relativ einfachen Mitteln zu bewerkstelligen war, mussten für die Aufrechterhaltung des Unterrichts im Fernbetrieb und die anschließende schrittweise Wiedereinführung des Präsenzbetriebs in sehr kurzer Zeit komplexe und sich laufend ändernde Strukturen aufgebaut werden. Der Spagat zwischen effektivem Infektionsschutz einerseits und dem Schutz des Grundrechts der Kinder und Jugendlichen auf Bildungsteilhabe andererseits ist bis heute schwierig geblieben. Ich habe Hochachtung vor den verantwortlichen Personen in den Städten und Gemeinden: Letztlich haben sie mit ihrem persönlichen Engagement dafür gesorgt, dass die Situation trotz aller Härten erträglich geblieben ist.

Sh: Das Schuljahr 2020/21 ist mit einem „angepassten Regelbetrieb“ angelaufen. Wie bewerten Sie den Start des Schuljahres aus Schulträgersicht?

Fallack: Es hätte schlimmer kommen können. Das Organisationskonzept des Schulministeriums und die mit den kommunalen Spitzenverbänden sowie der Unfallkasse ergänzend abgestimmten Hygieneempfehlungen orientieren sich an den wissenschaftlichen Erkenntnissen. Was der kommunalen Familie zu schaffen macht, sind die zum Teil äußerst kurzfristig vorgelegten Vorgaben der Landesregierung. Dabei meine ich dies nicht als Kritik, denn mir sind die Herausforderungen der Kolleginnen und Kollegen auf der Landesseite natürlich bekannt. Ich möchte aber um Verständnis dafür werben, dass auch die kommunalen Schulträger nicht dazu in der Lage sind, komplexe Prozesse wie von Zauberhand in der Nacht von Sonntag auf Montag zu etablieren. Nur eine sorgfältige Schulverwaltung ist eine gute Schulverwaltung.

Sh: Welche Aufgaben haben für Sie nun Priorität?

Fallack: Es ist und bleibt unsere oberste Priorität, die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister durch die schwierige Situation zu begleiten. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass mit der Kommunalwahl am 13. und 27. September viele Hauptverwaltungsbeamtinnen und -beamte neu ins Amt gekommen sind. Es ist uns ein wichtiges Anliegen, ihnen den Einstieg so weit wie möglich zu erleichtern. Sie sollen wissen, dass der Städte- und Gemeindebund ihnen jederzeit zur Seite steht – auch und vor allem in herausfordernden Zeiten wie diesen.

Sh: Stichwort Digitalisierung – in den jetzigen Krisenzeiten hat sich gezeigt, dass NRWs Schulen diesbezüglich enormen Aufholbedarf haben. Welche weiteren Herausforderungen sehen Sie hier auf die Schulträger zukommen?

Fallack: Dazu könnten wir ein separates Interview führen! Ein großes Problem besteht in der weitgehend fehlenden Vorbereitung des inneren Schulsystems auf das digitale Lernen, welche ihren Ausdruck unter anderem in der Absenz organisatorischer sowie curriculärer Vorgaben findet. Mit Blick auf das Auslaufen des Schulkonsenses im Jahr 2023 halte ich es im Übrigen für sachdienlich, die Digitalisierung der Schulen zu einem Kernelement der Weiterentwicklung des Schulsystems zu erklären. Vor dem Hintergrund der in diesem Zusammenhang ohnehin anstehenden Grundsatzentscheidungen sollte die Schulfinanzierung insgesamt in den Blick genommen und modernisiert werden. Als eine sinnvolle Option kommt die Schaffung eines Sondervermögens des Landes zum Zwecke der dauerhaften Finanzierung der Digitalisierung der Schulen in Betracht. Denn das hergebrachte System der Schulfinanzierung ist veraltet und den mit der Digitalisierung verbundenen Herausforderungen nicht gewachsen. Daran kann kein Zweifel bestehen.

Sh: Viele Schülerinnen und Schüler nutzen nach wie vor Schulbusse, um zur Schule zu kommen. Doch viele Eltern haben Angst, ihre Kinder in überfüllte Schulbusse zu stecken. Ist es zukünftig geplant, das Angebot an Schulbussen zu erhöhen?

Fallack: Das Verkehrsministerium hat ein entsprechendes Förderprogramm aufgelegt, das durch die kommunalen Schulträger auch in Anspruch genommen wird. Ob – und falls ja: inwieweit – eine Fortsetzung dieses Programms auch im Jahr 2021 noch erforderlich sein wird, vermag ich nicht zu prognostizieren. In jedem Fall kann ich die Sorgen der Eltern nachvollziehen und ihnen versichern, dass die Schulverwaltungsämter dies ebenfalls tun.

Sh: Welche Lehren ziehen Sie aus der Corona-Krise?

Fallack: In der Gesamtbetrachtung hat die öffentliche Verwaltung in unserem Land gute Arbeit geleistet. Was mich nach wie vor besorgt, ist der Umstand, dass die Pandemiebekämpfung mit den Kindern und Jugendlichen die schwächsten Mitglieder der Gesellschaft disproportional hart getroffen hat. Die sie betreuenden Eltern sind ähnlich stark, vielleicht sogar noch stärker, belastet worden. Andere Teile der Gesellschaft sind vergleichsweise einfach davongekommen. Dies sollte Anlass dazu geben, Planungen mit Blick auf den nächsten Ernstfall vorzuhalten, welche der Aufrechterhaltung eines weitgehenden Regelbetriebs in den Schulen und Kindertagesstätten Priorität einräumen. Denn jeder verlorene Tag kann den Unterschied zwischen einer gelingenden und einer nicht gelingenden Bildungsbiografie ausmachen. Ein sozialer Rechtsstaat kann sich der aus dieser Erkenntnis wachsenden Verpflichtung nicht entziehen – sie ist ihm immanent. Die gute Nachricht ist allerdings, dass sich die staatlich-kommunale Verantwortungsgemeinschaft im Schulbereich nach meiner Wahrnehmung dieser Umstände vollständig bewusst ist.

Corona-Update ^{09/2020}

© Linda Bestwick / shutterstock.com

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

leider beschäftigt uns das Thema „Corona-Pandemie“ auch noch jetzt im Herbst 2020.

Die Bandbreite unserer Beratung als Rechtsabteilung des VBE NRW geht vom Ansinnen der Einführung einer dauerhaften Maskenpflicht im gesamten Schulalltag bis hin zur Forderung einer sofortigen Aufhebung jeglicher Verpflichtung zum Tragen einer Mund-Nase-Bedeckung (MNB).

Man könnte hier vermuten, „die Wahrheit liegt wohl irgendwo dazwischen“.

Da es zum einen wichtig ist, Ängste auch ernst zu nehmen, aber ebenso von Bedeutung, auch Restriktionen und Einschränkungen nur im erforderlichen Umfang zu akzeptieren, habe ich Ihnen einige grundlegende Aussagen zum Umgang mit dem Coronavirus im Schulbereich zusammengestellt. Weitere Informationen finden Sie auf unserer Internetseite, der Internetseite des MSB und den Internetseiten der Bezirksregierungen.

Eltern oder Schüler/-innen ziehen die Rechtmäßigkeit der MNB-Pflicht mit den verschiedensten Begründungen in Zweifel. Wie gehe ich als Schulleitung bzw. Lehrkraft mit diesen Zweifeln um?

Es empfiehlt sich auch nach der Auffassung des Schulministeriums nicht, solche Diskussionen überhaupt aufzunehmen. Mit Eilbeschluss vom 20. August 2020 (Aktenzeichen 13 B 1197/20.NE) hat das OVG NRW entschieden, dass die in der Coronabetreuungsverordnung angeordnete Pflicht, während des Schulunterrichts grundsätzlich eine Mund-Nase-Bedeckung zu tragen, voraussichtlich rechtmäßig ist. Insoweit kann auf diese Entscheidung verwiesen und die nun sogar noch abgeschwächte Form der Pflicht zum Tragen der MNB als derzeit zulässig erachtet werden. Weitere Verfahren liegen zur Entscheidung an.

Können Eltern bzw. Schüler/-innen, welche das Tragen einer MNB verweigern, vom Schulgelände verwiesen bzw. vom Unterricht ausgeschlossen werden?

Eine Nutzung von Schulgebäude und Schulgeländes erfolgt aktuell nach Maßgaben der CoronaBetrVO. Diese schreibt das Tragen einer MNB vor, solange keine der in der Norm selbst genannten Ausnahmen greifen (z. B. medizinisches Attest). Werden die Vorgaben verletzt, findet eine unzulässige Nutzung statt. Ein Betreten der Schule bzw. des gesamten Schulgeländes ist nach Maßgabe der CoronaBetrVO nicht zulässig. Entsprechend können Eltern und sonstige Personen vom Schulgelände verwiesen werden. Dies geschieht grundsätzlich in Ausübung des Hausrechts durch die Schulleitung bzw. Lehrkräfte der Schule.

Können Schüler/-innen, die gegen die MNB-Pflicht verstoßen, mit einer Ordnungsmaßnahme belegt werden?

Ja. Nach Aussage von MSB und der Bezirksregierungen ist hierbei der vorübergehende Ausschluss vom Unterricht, § 53 Abs. 3 SchulG als vordringliche Maßnahme zu prüfen. Der Ausschluss begründet aber keinen Anspruch auf Distanzunterricht.

Zum Abschluss eine interessante, aber durchaus diskutabile Aussage der Schulaufsicht zum Reisen in der Corona-Zeit.

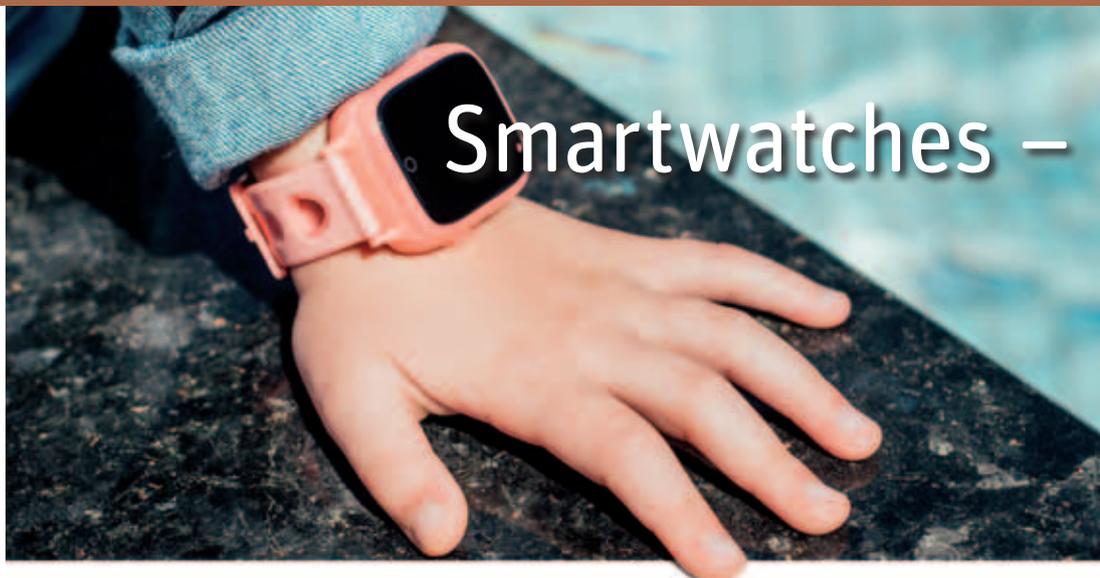
Es liegt keine Schulpflichtverletzung vor, wenn Schüler/-innen wegen einer Reise in ein „Risikogebiet“ in Quarantäne müssen und daher am Präsenzunterricht nicht teilnehmen können. Dies gilt sogar dann, wenn eine drohende Quarantäne vor Reiseantritt bekannt war.

Es gibt noch viele weitere Fragen, die Sie auf den o. g. Internetseiten beantwortet oder zumindest eingeschätzt finden. Bei rechtlichen Fragen zum Thema können Sie sich als Mitglied des VBE NRW auch direkt



telefonisch oder per E-Mail an die VBE-Rechtsabteilung wenden.

*Ihr
Martin Kieslinger,
Ltd. Justiziar VBE NRW*



Smartwatches – Segen oder Fluch?

© checat / shutterstock.com

Im Rahmen meiner Beratungstätigkeit, aber auch als Vater eines Zweitklässlers begegnet mir zurzeit verstärkt das Thema Smartwatches für Kinder.

Hierbei handelt es sich um Smartwatches, die u. a. neben einem GPS-Tracker auch über rudimentäre Telefonfunktionen verfügen und den Eltern die Beaufsichtigung ihrer Kinder aus der Ferne ermöglichen soll.

Ungeachtet davon, ob man nun den Einsatz einer solchen Uhr befürwortet oder für überflüssig hält, sind die Fragen, die sich in diesem Zusammenhang ergeben, im Wesentlichen dieselben.

Um Ihnen im Umgang mit Kinder-Smartwatches Handlungssicherheit zu geben, habe ich Ihnen hier die wichtigsten zusammengefasst.

Muss ich als Lehrkraft/Schulleitung die Nutzung einer solchen Uhr auf dem Schulgrundstück generell zulassen?

Hierbei muss zunächst geklärt werden, ob die Uhr über eine sogenannte „Monitoring-Funktion“ verfügt. Solche Uhren zeichnen sich dadurch aus, dass das Gerät ferngesteuert und ohne Zutun des Trägers eine Ab- oder Mithörfunktion aktivieren kann. Sollte die Uhr eines Kindes hierzu in der Lage sein, dürfte es sich um eine verbotene Sendeanlage im Sinne des § 90 Telekommunikationsgesetz handeln. Diese Uhren sind laut ausdrücklichem Hinweis der Bundesnetzagentur durch den Eigentümer zu vernichten. Sofern Sie hierzu keine verlässlichen Angaben haben, empfiehlt es sich, die Eltern um einen entsprechenden Nachweis zu bitten und die Uhr in der Zwischenzeit durch den betreffenden Schüler ausschalten zu lassen. Klären Sie hierzu eine einheitliche Handhabe im Kollegium ab.

Kann ich das Tragen derartiger Uhren auf dem Schulgelände durch die Schulordnung untersagen?

Nein. In NRW gibt es derzeit weder eine Verbotsnorm für Smartwatches noch für Handys, sodass ein solches Verbot voraussichtlich auch nicht im Rahmen der Schulordnung abschließend durchgesetzt werden kann. Vor dem Hintergrund, dass das Thema Smartwatches für Kinder regelmäßig sowohl auf Eltern- als auch auf Lehrerseite in besonderem Maße emotional beladen sein dürfte, empfiehlt sich die Vereinbarung eines freiwilligen Verzichts im Rahmen der Schulkonferenz.

In der Praxis hat sich die Lösung bewährt, dass die Kinder ihre Uhren während der allgemeinen Unterrichtszeit abschalten und in die Tasche legen, da in dieser Zeit die Aufsicht durch das Personal der Schule gewährleistet ist. Auch können diese Uhren auf diesem Wege keine Ablenkung während des Unterrichtes darstellen.

Ein Schüler stört mit der Uhr den Unterricht/nimmt den Unterricht als Audiodatei auf/ist durch die Uhr abgelenkt. Was kann ich tun?

Um Störungen des Unterrichts zu unterbinden, können im Rahmen einer erzieherischen Einwirkung Gegenstände eingezogen werden. Dies erfolgt in der Regel bis zum Ende der Unterrichtsstunde, im Einzelfall bis zum Ende des Schultages. Eine „Beschlagnahme“ bis zum nächsten Elterngespräch dürfte in den meisten Fällen unzulässig sein. Die Einziehung steht als erzieherische Einwirkung rechtlich unterhalb einer Ordnungsmaßnahme und bedarf in der Regel keines Bescheides und ist somit nicht widerspruchsfähig.

Sollte die Uhr dazu verwendet worden sein, Unterrichtsinhalte mit Bild und/oder Ton aufzuzeichnen, können sich sowohl datenschutz- als auch strafrechtliche Aspekte ergeben. Fordern Sie in diesem Fall den betreffenden Schüler auf, die Aufzeichnungen zu löschen. Wird der Aufforderung nicht nachgekommen, kann die Einleitung einer Ordnungsmaßnahme oder gar einer Strafanzeige erwogen werden. Bedenken Sie jedoch hierbei, dass diesbezügliche Verfahren vor dem Hintergrund evtl. fehlender Strafmündigkeit oder Geringfügigkeit in der Regel eingestellt werden. Vielmehr dürfte hier eine schulinterne Aufarbeitung von entsprechenden Vorfällen zu einer kurzfristigen und dauerhaften Lösung führen.

Sollten Sie noch Fragen zu dem Thema haben, stehe ich Ihnen im Rahmen der VBE-Rechtsberatung gern zur Seite.



Ich hoffe, ich konnte Ihnen mit meinen Ausführungen weiterhelfen. Für Rückfragen stehe ich Ihnen selbstverständlich gern zur Verfügung.

Mit freundlichem Gruß
Joachim Klüpfel-Wilk,
 Justiziar VBE NRW



UNISEX-TOILETTEN IN SCHULEN

Seit einigen Jahren wird an Schulen überlegt, ob es Sinn macht – um der Diskriminierung von diversen Menschen vorzubeugen –, dass eine dritte geschlechtsneutrale Toilette oder Unisex-Toiletten an Schulen geschaffen werden.

Die Idee einer dritten geschlechtsneutralen Toilette sehen einige Schulleitungen kritisch, da diese noch mehr Diskriminierung fördern könnte, eine Unisex-Toilette hingegen wird häufig positiv bewertet. Mittlerweile gibt es auch verschiedene Schulen, die die Unisex-Toilette als pädagogisches Konzept verwirklichen wollen.

Woher kommt nun aber eigentlich diese Idee, und müssen alle Schulen hier tätig werden?

Die ersten Schulen, die diese Überlegungen angestellt haben, reagierten mit den Unisex-Toiletten auf ein Urteil des Verfassungsgerichts, dass wiederum zu einem Beschluss des Bundestages geführt hat.

Hiernach ist im Geburtenregister die Möglichkeit zu geben, sich weder als Mann oder Frau, sondern als divers zu bezeichnen.

Dazu gehört dann auch, dass im Alltag Geschlechtsspezifika weitestgehend neutralisiert werden können.

Dies passiert nun an einigen Schulen – unter anderen Maßnahmen, die der Diskriminierung in jeglicher Form vorbeugen sollen – durch das Bauen von Unisex-Toiletten.

Rechtlich stellen Unisex-Toiletten an Schulen kein Problem dar, solange hier bestimmte bauliche Voraussetzungen eingehalten werden.

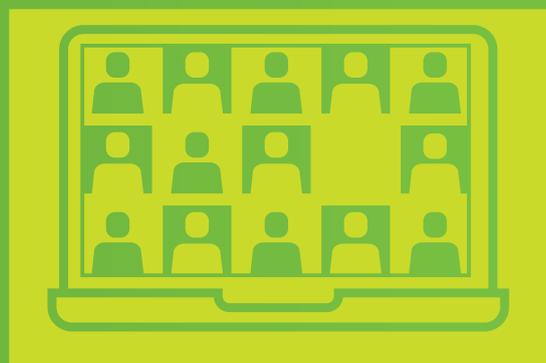
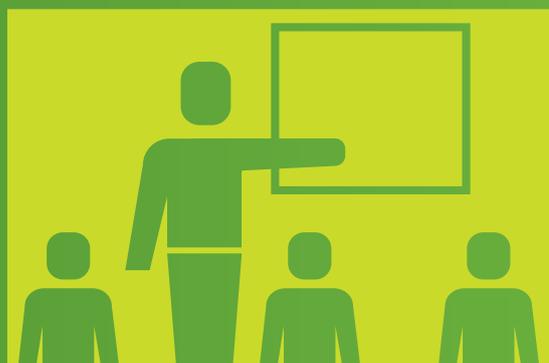
Eine rechtliche Grundlage, die besagt, dass geschlechtsneutrale Toiletten an jeder Schule in NRW gestellt werden müssen, gibt es hingegen nicht.



Als pädagogisches Konzept ist dies aber sicherlich etwas, das Zukunft hat.

Mit freundlichen Grüßen

*Rain Inka Schmidtchen,
Justiziarin VBE NRW*



Zur lernförderlichen Verknüpfung von Präsenz- und Distanzunterricht

Unterstützungsangebot des VBE zur Erstellung eines schuleigenen Konzeptes

Die Corona-Pandemie hat für die Schulen nicht nur organisatorische, sondern auch pädagogische bzw. didaktisch-methodische Konsequenzen, denen wir verantwortungsvoll begegnen müssen. Lehr- und Lernprozesse werden in dem Bewusstsein geplant, initiiert und begleitet, dass der angepasste Regelbetrieb in Präsenz jederzeit durch Distanzunterricht ergänzt werden kann und muss. Der VBE sieht die hohe Belastung im Schulalltag und stellt den

Schulen mit den vorliegenden Rasterchecklisten und den zugehörigen Anlagen eine Unterstützung für die Erstellung eines schuleigenen Konzeptes zur lernförderlichen Verknüpfung von Präsenz- und Distanzunterricht zur Verfügung.

Es ist uns wichtig, Ihnen hiermit eine konkrete Hilfestellung an die Hand zu geben.

Das Angebot finden Sie unter: www.vbe-nrw.de.

Präsenzseminare

VBE-Bildungswerk- veranstaltungen Herbst 2020



M10a So bestehen Sie das Eignungsfeststellungsverfahren – Professionelle Vorbereitung auf ein erfolgreiches Bestehen des EFV

Termin: Samstag, 14.11.2020, 10.00 –
Sonntag, 15.11.2020, 16.30 Uhr
Ort: Königswinter
Adressaten: Lehrkräfte aller Schulformen, die das Amt einer Schulleiterin/eines Schulleiters anstreben
Referentin: Susanne Arzdorf; Mentaltrainerin/VAK
Coach systemische Beratung CQM
Tagungsleitung: Alfred Krufft; Dipl.-Pädagoge

M10b So bestehen Sie das Eignungsfeststellungsverfahren – Professionelle Vorbereitung auf ein erfolgreiches Bestehen des EFV

Termin: Samstag, 5.12.2020, 10.00 –
Sonntag, 6.12.2020, 16.30 Uhr
Ort: Königswinter
Adressaten: Lehrkräfte aller Schulformen, die das Amt einer Schulleiterin/eines Schulleiters anstreben
Referentin: Susanne Arzdorf; Mentaltrainerin/VAK Coach
systemische Beratung CQM
Tagungsleitung: Alfred Krufft; Dipl.-Pädagoge

M11 Psychologische Einflussfaktoren in Schule in den Bereichen Kommunikation, Intervention, Diagnostik und Mentalisieren – 2-tägige Veranstaltung

Termine: Teil 1: Dienstag, 17.11.2020, 10.00 – 16.00 Uhr
Teil 2: Dienstag, 24.11.2020, 10.00 – 16.00 Uhr
Ort: VBE, Dortmund
Referentin: Katrin Aydeniz; Dipl.-Psychologin

M14 Warum sind meine Kolleginnen und Kollegen wie sie sind und wie gehe ich am besten mit ihnen um?

Termin: Freitag, 11.12.2020, 14.00 –
Sonntag, 13.12.2020, 12.30 Uhr
Ort: Königswinter
Referentin: Katrin Aydeniz; Dipl.-Psychologin
Tagungsleitung: Alfred Krufft; Dipl.-Pädagoge

E15 Classroom Management

Termin: Dienstag, 1.12.2020, 10.00 – 16.00 Uhr
Ort: Münster
Referentin: Christa Zarembo-Rüdiger

M17 Plötzlich Lehrer – ein praxisnahes Ausbildungscurriculum für VERENA-Kräfte und Vertretungslehrer – 4-tägige Veranstaltung

Termine: Teil 1: Sa., 5.12.2020, 10.00 – 16.00 Uhr
Teil 2: Sa., 8.12.2020, 10.00 – 16.00 Uhr
Teil 3: Sa., 23.1.2021, 10.00 – 16.00 Uhr
Teil 4: Do., 28.1.2021, 10.00 – 16.00 Uhr
Ort: VBE, Dortmund
Referentinnen: Katrin Aydeniz, Claudia Bialowons, Eva Topoll

*Alle weiteren Informationen und die Online-Anmeldung finden Sie unter:
www.vbe-nrw.de – Termine.*



Verband Bildung und Erziehung
Landesverband NRW e.V.
Bildungswerk



Bewerbertraining 2020 digital

RICHTIG. WICHTIG. Junger VBE.

Unsere erweiterte Landessprechergruppe des Jungen VBE traf sich am 23. September 2020 digital und plante für die anstehenden Online-Seminare, die Veranstaltungen für 2021 und tauschte sich über die Personalratswahlen 2020 aus. Auch die Digitalisierung an Schulen war ein großes Thema, besonders nach dem Schulgipfel im Kanzleramt.

Das diesjährige Bewerbertraining fand zum ersten Mal digital statt. Themen wie Ausschreibungsverfahren, Listenziehung und Vertretungstätigkeit wurden am 28. September 20 im Online-Seminar angesprochen. Sonst werden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer immer individuell vor Ort beraten und Auswahlgespräche werden simuliert. Diesmal schulten die Landessprecherin Sonja Gänsel und unsere Bezirkssprecherin Julia Springmann-Bergemann die Teilnehmerinnen und Teilnehmer digital an ihren PCs, Smartphones oder Tablets! Wir wünschen allen viel Erfolg bei ihren Einstellungen!



Anzeige



Die METTNAU – Ihr starker Gesundheitspartner

Schwerpunkte und medizinische Kompetenz

- Kardiologische Prävention & Rehabilitation
- Anschlussheilbehandlung
- Aktive und regenerative Bewegungstherapie
- Psychovegetative Erschöpfungssyndrome
- Ernährungscoaching
- Psychologisches Coaching / Stressmanagement
- Diagnostik und Therapie von Stoffwechselerkrankungen
- Funktionell degenerative muskuloskeletale Beschwerden
- großes, parkähnliches Sport- und Therapiegelände in direkter Lage am Bodensee

Gut zu wissen:

Die METTNAU ist beihilfefähig und zugelassen für private und gesetzliche Krankenkassen. Pofitieren Sie von unserem attraktiven Pauschalsatz für Beihilfeversicherte sowie der Direktabrechnung mit der Beihilfe!

METTNAU

Med. Reha-Einrichtungen der Stadt Radolfzell
Strandbadstr. 106
78315 Radolfzell
Tel. +49 7732 151-0
info@mettnau.com / www.mettnau.com
Reservierungsanfragen unter Tel. +49 7732 151-810

Wir sind Partner im Qualitätsverbund
Gesundheit - gemeinsam für die beste Reha



Erschütternd! Gewalt gegen Lehrkräfte nimmt weiter zu

VBE veröffentlicht nach 2016 und 2018 erneut repräsentative forsa-Umfrage

„Die Verrohung in der Gesellschaft nimmt weiter zu, die Bedingungen an Deutschlands Schulen sind nicht geeignet, um den Erziehungsauftrag von Schule erfüllen zu können. Hinzu kommt, dass die Politik ständig Erwartungen an Schule formuliert, die unter den gegebenen Rahmenbedingungen nicht eingelöst werden können“, so begründet Udo Beckmann, der Bundesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), die erschreckenden Zahlen zur Gewalt gegen Lehrkräfte.

Die vom VBE in Auftrag gegebene und am 24. September 2020 veröffentlichte forsa-Umfrage zeigt:

- Gewaltvorfälle (psychisch/physisch/über das Internet) nehmen im Vergleich zu 2018 über alle Gewaltarten und an allen Schulformen zu.
- Zwei von drei Schulleitungen beobachteten in den letzten fünf Jahren direkte psychische Gewalt gegen Lehrkräfte, eine von drei Schulleitungen beobachtete psychische Gewalt gegenüber Lehrkräften und/oder körperliche Gewalt.
- Nur noch die Hälfte der Schulleitungen schätzen ein, die Lehrkräfte nach einem solchen Vorfall ausreichend unterstützen zu können. Dies entspricht einem Minus von 31 Prozentpunkten im Vergleich zu 2018.
- Fast jede dritte Schulleitung sieht die Politik verantwortlich dafür, dass sie die Lehrkräfte nicht besser unterstützen können. Zudem sagt jede vierte Schulleitung, dass die Meldung von Gewaltvorfällen zu bürokratisch ist.



Der VBE Bundesvorsitzende Udo Beckmann bei einem der zahlreichen Medieninterviews zur Veröffentlichung der Studie „Gewalt gegen Lehrkräfte“

Der Bundesvorsitzende des VBE hatte bei der Vorstellung der Studie betont, dass es die beste Prävention sei, ein Umfeld zu schaffen, in dem Konflikte vermieden werden und wenn sie doch auftreten, möglichst professionell begleitet und bearbeitet werden können. Deshalb forderte er kleinere Lerngruppen und Lehrkräfte durch multiprofessionelle Teams mit Fachkräften aus der Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Psychologie zu unterstützen. Zentrale Forderung des VBE ist zudem, dass Statistiken über die konkreten Gewaltvorfälle in den Ländern geführt werden müssen und von den Schulministerien zu veröffentlichen sind. „Nur diese Transparenz sichert den offenen Umgang mit dem Thema und schafft die Basis dafür, den Schulen bedarfsgerecht Unterstützung zukommen zu lassen“, so Beckmann. Apropos Transparenz: Sagten 2016 noch 57 Prozent der Befragten, dass sie das Thema als Tabu empfinden, waren es 2018 dann 39 Prozent. In der aktuellen Umfrage gaben dies nur noch 30 Prozent der Schulleitungen an. Ein Erfolg des VBE!

Die vollständige Studie mit Bericht und Charts sowie das Pressestatement des Bundesvorsitzenden, die Pressemitteilung und die Aufzeichnung der Pressekonferenz finden Sie hier:

<https://www.vbe.de/service/meinungsumfragen/gewalt-gegen-lehrkraefte-2020>

VBE fordert mit BER und GEW einheitliche Standards

Die Corona-Pandemie bestimmt noch immer den Alltag und das Lehren und Lernen in der Schule. Dabei ordnen die Schulministerien in den Bundesländern unterschiedliche Regelungen an, um Schülerinnen und Schüler und Lehrkräfte zu schützen. Allerdings ist nicht immer einsichtig, wonach sich diese unterschiedlichen Bestimmungen richten – was zu Unmut führt. Nicht verwunderlich ist daher, dass in dem neuesten ifo Bildungsbarometer der Ruf der Bevölkerung nach einem einheitlichen Bildungssystem laut wurde. Der Bundesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), Udo Beckmann, kommentiert: „Das ist ein Hinweis darauf, dass die Kultusministerkonferenz (KMK) während der Corona-Pandemie zu wenig einheitlich agiert hat. Anfangs wurde um einheitliche Regelungen gerungen, sodass insbesondere die Schulschließungen und dann die Schulöffnungen nach ähnlichen Mustern geschahen. Doch hiernach kochten die Länder ihre eigenen Süppchen, spuckten sich teils noch gegenseitig hinein.“

Auch deshalb fordern der Bundeselternrat (BER), die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und der VBE gemeinsam von der KMK ein, Standards zu definieren und ein indikatorengestütztes Stufenkonzept festzuschreiben. Denn das bisher vorgelegte Konzept der KMK beinhaltet zwar Stufen, es wird aber nicht deutlich, unter welchen Bedingungen welche Stufe greift. Und die Bemühungen zeigen Früchte: So wurden die drei Organisationen zu einem KMK-Expertengespräch eingeladen. Die Expertise aus der Praxis wird gehört!

Einkommensrunde im öffentlichen Dienst: Protestkundgebungen und Warnstreiks

Ein sonniger Tag im September. Der Gendarmenmarkt in Berlin lädt dazu ein, zu verweilen. Doch etwas stört die Ruhe. Eine Kundgebung von Personen, die ihre Forderungen zu den aktuellen Tarifverhandlungen deutlich machen: laut klatschend, mit Rasseln rumorend und mit klaren Vorstellungen. Organisiert von der dbb bundesfrauenvertretung kamen am Freitag, dem 18. September 2020, dutzende Frauen zusammen und verewigten ihre Forderungen auf Stoffbannern. Jutta Endrusch, die Bundessprecherin der VBE Frauenvertretung, führte durch die Veranstaltung – gewohnt kämpferisch und souverän. Außerdem sprach die neu gewählte Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, Milanie Hengst, sowie der dbb Bundesvorsitzende, Ulrich Silberbach.



Milanie Hengst (li.), Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, und Jutta Endrusch, Bundessprecherin der VBE Frauenvertretung, bei der Kundgebung am 18. September 2020

Die zweite Tarifrunde für die Beschäftigten in Bund und Kommunen am 20. September 2020 wurde ergebnislos veragt. „In Zeiten der Krise öffentlichkeitswirksam Wertschätzung bekunden, etwa für die enormen Leistungen der Kita-Beschäftigten, sich dann aber bei der Einlösung warmer Worte wegducken, das passt nicht zusammen“, kommentiert der Bundesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), Udo Beckmann, die Blockadehaltung der Arbeitgeberseite. Die Gewerkschaften haben Warnstreiks angekündigt. Die nächste Verhandlungsrunde findet am 22. und 23. Oktober 2020 in Potsdam statt.

Erleichterung und Aufbruchstimmung auf den DKLKs in Hamburg und Berlin



Eröffnung des DKLK in Berlin. Moderator Lothar Guckeisen (li.), VBE Bundesvorsitzender Udo Beckmann (mi.), Arne Petersen, Leiter Geschäftsentwicklung Fleet Events (re.)

War die Atmosphäre beim Deutschen Kitaleitungskongress (DKLK) am 08. und 09. September 2020 in Hamburg teilweise noch etwas reserviert – aufgrund restriktiverer Vorgaben durfte hier nur eine geringe Personenanzahl pro Veranstaltungssaal teilnehmen – konnte man die Erleichterung und Freude bei den rund 500 Kitaleitungen auf dem DKLK in Berlin eine Woche später förmlich sehen und hören. Gemeinsam in einem großen Saal, mit Abstand und desinfizierten Händen, konnten sie an der Eröffnungsveranstaltung teilnehmen. In über 50 Workshops und Vorträgen wurde dann zu aktuellen und praxisrelevanten Fragen rund um das Thema Führen und Gestalten in Krisenzeiten diskutiert. Ursprünglich waren die Veranstaltungen für das Frühjahr 2020 geplant gewesen. Der letzte DKLK 2020 findet am 12. und 13. Oktober 2020 in Leipzig statt, wiederum mit einem erprobten und umfassenden Schutz- und Hygienekonzept. Kurzentschlossene können noch Resttickets erwerben.

Auftritt auf der Schulbaumesse: Beckmann betont Herausforderungen



„Digitalisierung ist kein Allheilmittel“, betonte der Bundesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), Udo Beckmann, bei seinem Impulsvortrag auf der Schulbaumesse Berlin. Hier hatten sich Mitte September 2020 Interessierte aus Praxis, Wissenschaft und Wirtschaft eingefunden, um sich über die neusten Trends in diesem Bereich auszutauschen. Natürlich darf da das Top-Thema „Digitalisierung“ nicht fehlen – und trotzdem war der Schwerpunkt des Vortrags, die Herausforderungen aufzuzeigen, die für Schulleitungen und Lehrkräfte bestehen. So fehlt es eben nicht nur an Geräten, sondern schon an der Infrastruktur mit Breitband-Internet und auch an einem qualitativ und quantitativ angemessenen Angebot an Fortbildungen für die Lehrkräfte. Mit Beckmann auf dem Podium saß Hartmut Stäker, Präsident des Brandenburger Landesverbandes des VBE, dem Brandenburgischen Pädagogen-Verband (BPV), und berichtete aus der Praxis. Seine zentrale Forderung war, einen Mindeststandard an Ausstattung für eine gute digitale Lehr- und Lernumgebung zu definieren.

Ein voller Erfolg! VBE Medienseminar 2020

Erstmals als Digitalveranstaltung und erstmals dreitägig fand im September 2020 das Medienseminar des VBE Bundesverbandes statt. Kommunikationsverantwortliche der VBE Landesverbände schalteten sich zum Auftakt, am Montag, den 14. September 2020, zusammen, um von und im Austausch mit dem Kommunikationsexperten Tim Rotter zu erfahren, was es für die Umsetzung einer gelingenden digitalen Pressekonferenz braucht. Am Folgetag erläuterte Silke Nevermann anschaulich und praxisnah Potenziale digitaler Zusammenarbeit. Tag 3 stand dann ganz im Zeichen des kollegial-beratenden Austauschs zu konkreten Fragestellungen zwischen den Kommunikationsverantwortlichen aus den VBE Landesverbänden. Alles in allem war das digitale Medienseminar eine sehr wertvolle und belebende Alternative in Zeiten erschwelter Präsenzseminare, um miteinander und voneinander zu lernen, so der einhellige Tenor der Teilnehmenden am Ende der Veranstaltung.

VBE Bundesgeschäftsstelle

Behrenstraße 24
10117 Berlin
T. + 49 30 - 726 19 66 0
presse@vbe.de
www.vbe.de

Verband Bildung und Erziehung

VBE

Nachrichten +++ Nachrichten +++ Nachrichten +++



Gemeinsam gegen Antisemitismus

© kallejpp / photocase.de

Um Schulen in ihrer Präventionsarbeit zu unterstützen, soll das Thema Antisemitismus in der Schule wissenschaftlich besser erforscht werden. Dazu hat Schul- und Bildungsministerin Yvonne Gebauer gemeinsam mit der Antisemitismusbefragten des Landes Nordrhein-Westfalen, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, und dem Rektor der Ruhr-Universität Bochum, Prof. Dr. Axel Schölmerich, die Kooperationsvereinbarung zum Forschungsprojekt „Antisemitismus als soziales Phänomen in der Institution Schule“ unterzeichnet. Mithilfe von Unterrichtsbeobachtung soll erforscht werden, in welchen schulischen Handlungs-, Verhaltens- und Wissensräumen sich Antisemitismus äußert und wie eine nachhaltige Bildungsarbeit in diesem Zusammenhang ihre Wirkung entfalten kann. Durch Grundlagenforschung sowie eine empirische Studie in Schulen vor Ort sollen Erkenntnisse gewonnen werden, auf deren Basis Schulen zukünftig noch zielgenauer in ihrer Präventions- und Interventionsarbeit unterstützt werden können.

Quelle: MSB NRW

Der VBE NRW begrüßt das gemeinsame Forschungsprojekt des Schul- und Bildungsministeriums, der Staatskanzlei und der Ruhr-Universität Bochum. Schulen in ihrer Präventionsarbeit zu unterstützen, Kinder und Jugendliche für die Werte des Grundgesetzes zu begeistern, ist der wirksamste Schutz vor Extremismus, Antisemitismus und Ausgrenzung.



Schulsozialarbeit dauerhaft finanziert

© VH-studio / shutterstock.com

Das Kabinett hat kürzlich beschlossen, die Schulsozialarbeit in Nordrhein-Westfalen dauerhaft aus Landesmitteln zu finanzieren. Ab dem kommenden Jahr stehen dafür jährlich rund 47,7 Millionen Euro zur Verfügung. Mit dem Beschluss sichert das Land dauerhaft die Finanzierung von mehr als 1.000 Vollzeitstellen für die Schulsozialarbeit, die über das Programm „Soziale Arbeit an Schulen im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets in Nordrhein-Westfalen“ bis Ende 2020 befristet war. An der Konzeption für die Aufgaben und Zuständigkeiten für Schulsozialarbeit soll im gemeinsamen Interesse von Schule wie auch der Kinder- und Jugendhilfe nach dem Kabinettsbeschluss zusammen mit den Beteiligten in Schule, Schulaufsicht, Kommunen und Fachverbänden weitergearbeitet werden.

Quelle: MSB NRW

Der VBE NRW begrüßt die Entscheidung, Schulsozialarbeit zu finanzieren, die leider sehr spät kam. Die Landesregierung hat offenbar endlich erkannt, dass erfolgreiche Maßnahmen dauerhaft gesichert werden müssen. Schulsozialarbeit ist aus Sicht des VBE Beziehungsarbeit und benötigt Kontinuität. Schulsozialarbeit ist eine wertvolle Schnittstelle zwischen der Schülerschaft, den Eltern und den Lehrkräften. Schulsozialarbeiterinnen- und -arbeiter spielen nicht nur in sozialen Brennpunkten eine entscheidende Rolle, sondern sind fester Bestandteil bei der Ganztagsgestaltung, der Sozialraumorientierung und der Vernetzung zu außerschulischen Partnern. Es sollten unbedingt mehr Schulen von dieser unverzichtbaren Instanz profitieren können.

Beratung

Als Mitglied des VBE NRW können Sie sich bei versorgungsrechtlichen Fragen an die Rechtsabteilung des VBE wenden. Eine Berechnung des Ruhegehalts bei Pensionierungen oder Dienstunfähigkeit ist ebenfalls kostenlos möglich. Wenden Sie sich dazu bitte an unsere Mitarbeiterin in der VBE-Geschäftsstelle,

Andrea Schubert: a.schubert@vbe-nrw.de.

Wichtige Info für Mitglieder

Sie sind umgezogen, in Elternzeit, pensioniert, befördert etc.? Bitte teilen Sie jede Änderung der Landesgeschäftsstelle umgehend mit, damit wir Ihren Beitrag anpassen können und Sie u. a. Ihren Versicherungsschutz (Rechtsschutz, Diensthaftpflicht) nicht gefährden. Eine rückwirkende Erstattung des Beitrags ist nicht möglich.

Meldung an mitgliederservice@vbe-nrw.de.

Nachrichten +++ Nachrichten +++ Nachrichten +++



Urlaubsreise in Risikogebiete

Lehrer müssen bei einer Urlaubsreise in ein Corona-Risikogebiet die danach fällige Quarantäne bis Ende der Herbstferien abgeschlossen haben. Darauf hat das NRW-Schulministerium hingewiesen. „Private Reisen können zwar (...) nicht untersagt werden, allerdings können bei der Rückkehr aus einem Risikogebiet dienst- oder arbeitsrechtliche Konsequenzen (...) in Betracht kommen“, heißt es in einem Schreiben des Ministeriums an die Bezirksregierungen, die wiederum die Schulen darüber informieren sollen. Bei unentschuldigtem Fernbleiben vom Dienst könnten auch Bezüge gestrichen werden, mahnt das Ministerium.

Quelle: News4teachers.de

Der VBE NRW ist der Meinung: In dieser Situation, in der wir uns befinden, ist jeder Lehrkraft klar, dass sie Verantwortung für sich, für die eigenen Angehörigen und auch für ihr berufliches Umfeld hat. Gerade in den Schulen erleben wir im mehr als außergewöhnlichen schulischen Alltag, mit welchen Einschränkungen wir zu leben haben. Einer Drohkulisse seitens des MSB bedarf es aus unserer Sicht hier nicht, vielmehr sollte Politik sich Gedanken machen, unter welchen Voraussetzungen der Unterricht nach den Herbstferien wieder aufgenommen wird.

Einkommensrunde 2020

Am 19. und 20. September 2020 wurden die Tarifverhandlungen zur Einkommensrunde mit dem Bund und den Kommunen in Potsdam fortgesetzt. Die Arbeitgeberseite hat auch in dieser zweiten Verhandlungsrunde kein Angebot vorgelegt. Mit Hinweis auf die enormen finanziellen Belastungen zur Bewältigung der Corona-Pandemie haben Bund und Kommunen jedes Entgegenkommen abgelehnt und erneut einen Tarifabschluss mit äußerst geringem Umfang und extrem langer Laufzeit gefordert. Jutta Endrusch, stellv. Vorsitzende des VBE und Mitglied der Bundestarifkommission des dbb, erklärte dazu: „Die kommunalen Arbeitgeber haben einfach gar nichts angeboten. Das ist ein Unding nach den Leistungen, die der öffentliche Dienst in Corona-Zeiten erbracht hat und täglich noch erbringt. Was nützt uns der Beifall, wenn die VKA mit Bleifuß auf der Bremse steht?“

Mehr Informationen zur Einkommensrunde unter www.vbe-nrw.de.

Netzfundstücke

Viele Kolleginnen und Kollegen sind im Netz aktiv. Sie posten über ihren Alltag und tauschen sich unter Hashtags wie **#Lehrerzimmer** aus. Hier eine kleine Auswahl:





Unter den nun notwendigen und üblichen Hygieneauflagen konnte der VBE-Kreisverband Kleve **1** jetzt wieder mit einer ersten Lehrerfortbildung beginnen. Unter dem Motto „Schulrecht – einmal anders!“ informierte **Andreas Müller**, Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht, über schulische Ordnungsmaßnahmen aus Sicht der Juristen. Gar nicht trocken, dafür spannend und eindrucksvoll referierte er über die rechtssichere Anwendung von § 53 Schulgesetz und über die Möglichkeiten und Grenzen schulischer Reaktionen auf schwere Pflichtverletzungen der Schülerinnen und Schüler. Alle Teilnehmer waren sich anschließend einig, dass diese Informationen in der Lehrerbildung zu kurz kommen. Auch die juristische Sicht auf den schulischen Alltag war für die Lehrkräfte ein aufschlussreicher Perspektivwechsel. „Mit dieser Veranstaltung zum Schulrecht steigen wir nun unter den Corona-Bedingungen wieder in ein wichtiges Aufgabenfeld des VBE-Kreisverbands ein. Das Angebot praxisorientierter Fortbildungen und Informationen für Lehrkräfte“, so Bernd Lindenau, der Vorsitzende des VBE-Kreisverbands.

Am 2. September 2020 lud der VBE-Stadtverband Hamm **3** zum Workshop „Zaubern im Unterricht“ in den Räumen der WiVo GmbH ein. Der Workshop bot den Teilnehmerinnen und Teilnehmern einen inspirierenden Fortbildungsnachmittag.

„Unterricht muss begeistern, anregen und motivieren, die Zauberkunst ist hier ein wunderbares Mittel zum Beispiel in den Fächern Mathematik und Deutsch“, so der Referent und stellvertretende Landesvorsitzende VBE NRW, **Matthias Kürten**. Dieser vermittelte Basiswissen und theoretische Aspekte der Zauberkunst und übte praktische Einheiten für den Einsatz im Unterricht mit den Teilnehmern/-innen ein.

„Auch unter Berücksichtigung aller Vorsichtsmaßnahmen war es nach Meinung der Teilnehmer/-innen eine runde Veranstaltung mit einem spannenden Thema, wovon auch die Schüler/-innen profitieren werden“, bestätigte **Martina Klöcker**, 1. Vorsitzende des VBE-Stadtverbands Hamm.

„Wir halten bei Präsenzveranstaltungen klare Hygienestandards sowie Abstandsregeln ein und verzichten auf ein Stehcafé, welches bei VBE-Veranstaltungen sonst immer großen Zuspruch fand“, erklärte **Katja Kranz**, stellv. Vorsitzende im VBE Stadtverband.



Der JVBE Aachen **2** war im September im ZfSL Aachen zu Besuch und hatte bei traumhaftem Wetter für die Personalratswahlen geworben. Einen kleinen Gruß für die extra Portion Abwehrkräfte in anstrengenden

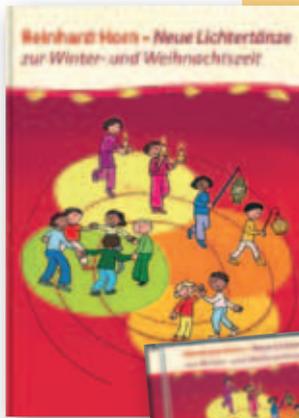
Zeiten gab es mit rund 75 verpackten Äpfelchen. Mit dabei auch die Kandidaten für den HPR (**Matthias Kürten**) und den ÖPR in Aachen (**Denise Zaki**).

Am 17. September 2020 führte der VBE-Stadtverband Hamm **3** eine Lehrerratsschulung durch, als Referentin war **Rita Mölders**, Bezirksvorsitzende Arnsberg, eingeladen. Ausführungen zum Schwerbehindertenrecht übernahm **Martina Klöcker** aus dem Stadtverband Hamm.

Die Teilnehmer/-innen waren teilweise frisch im Amt und verfolgten die Ausführungen und Fallbeispiele sehr aktiv. Es gab viele unterschiedliche Fragen aus der Praxis, insbesondere, da alle Schulformen vertreten waren. Als sehr hilfreich wurden die zahlreichen Materialien und Handouts gewertet, die die Referenten ausgaben.

Trotz Einschränkungen beim Stehcafé und beim Catering war es eine sehr kommunikative Stimmung und es fand ein reger Austausch unter den Teilnehmern mit gebotenen Abstand statt.





Neue Lichtertänze zur Winter- und Weihnachtszeit

Nach dem großen Erfolg des ersten Bandes Lichtertänze gibt es 19 neue Lichtertänze. Reinhard Horn, Rita Mölders und Dorothe Schröder haben neue Choreografien zusammengestellt, die einladen, die Winter- und Weihnachtszeit mit den Symbolen „Licht und Tanz“ zu gestalten. Ein Praxisbuch, das eine Fundgrube für alle ist, die zur Winter- und Weihnachtszeit mit dem Element Licht arbeiten wollen, ob in Schule, Kindergarten, im Gottesdienst oder bei weihnachtlichen Feiern.
Zielgruppe: Kindergarten, Grundschule, Gemeinde, Familie, 4 – 11 Jahre

Buch, 88 Seiten

Bestellnummer 2049

14,80 Euro

CD, ca. 50 Minuten

Bestellnummer 9032

13,90 Euro



Lernwerkstatt – Weihnachten in anderen Ländern

Von Anja Gröting mit Illustrationen von Larysa Golik

In 20 abwechslungsreichen Stationen lernen die Kinder das Brauchtum des „Weihnachtsfestes“ aus den Ländern ihrer Mitschüler/-innen (Russland, Polen, Türkei, Italien, USA) kennen. Die Lernwerkstatt bietet viele neue Elemente für eine gemeinsame Adventsfeier (Aufführungen, Tänze, Backrezepte, Bastelideen, Lieder) und zahlreiche Anlässe, um auch die Eltern in das Schulleben zu integrieren.
Zielgruppe: 3. – 4. Klasse

Heft, 64 Seiten

Bestellnummer 2086

17,90 Euro

Weihnachten unterm Sternenzelt

Advent und Weihnachten – hier und anderswo

Unterm Sternenzelt feiern Kinder überall auf der Welt Weihnachten – und das ist die Idee dieser wunderbaren Kinder-Weihnachts-CD. So sind Lieder aus Afrika, Amerika, Europa zu hören und natürlich auch Lieder von Reinhard Horn.

Einfühlsame Pianolieder wechseln sich ab mit bewegten Latino- und Poprhythmen, Melodien, die sofort ins Ohr und ins Herz gehen, wunderbar gesungen von den Kindern und Reinhard Horn. Weihnachten unterm Sternenzelt – so kann das gemeinsame Singen alle verbinden, beim Mitsummen, Mitsingen, Zuhören, Nachdenken und Mitmachen! Einfach nur schön!

Zielgruppe: 4 – 11 Jahre



Heft, 48 Seiten

Bestellnummer 2045

12,80 Euro

CD, ca. 50 min

Bestellnummer 9029

13,90 Euro

Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer

Bestellungen bitte über den Online-Shop
www.vbe-verlag.de



VBE Verlag NRW GmbH

Personalratswahl 2020

**Gewählt. Gezählt.
Danke für
Ihr Vertrauen.**

Alle Ergebnisse unter
www.personalratswahl.de



VBE

Verband Bildung und Erziehung
www.vbe-nrw.de